



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

25.11.1932 (Nr. 265)



Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Verlag, Redaktion und Geschäftsstelle: Papenstraße 15. Sprechstunde der Redaktion: Montag bis Freitag von 18 bis 19 Uhr.
Fernsprecher: Domsheide 258 78.
Die BZ erscheint werktags und kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzüglich 36 Pf. Bestellgeld.

Parteiamtliches Organ der
Bremer Nationalsozialisten

Anzeigen: Bleibe die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10, auswärts RM 0.12; im Viertel RM 0.50, auswärts RM 0.70; Stellengesuche RM 0.06; sonstige kleine Anzeigen RM 0.08. Wabvorschrift ohne Verbindlichkeit. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot usw. hat der Bezahler keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hindenburg hat sich versagt

Hitler bleibt der Führer des kommenden Deutschlands

Eine gewonnene Schlacht

Die letzten Tage waren der Auftakt zu einem gewaltigen, weltumwälzenden Ringen zwischen den beiden markantesten Führern zweier sich gegenseitig abblühenden Zeitepochen. Auf der einen Seite stand Hindenburg, der Soldat von Königsberg und Sedan, tief verwurzelt in einem geschichtlichen Abschnitt glanzvollen Aufstiegs ohne Kenntnis der blutigen und rassistischen Vorgänge innerhalb der Nation, ohne Fühlung mit dem Volk, dabei getragen von Verantwortungswillen, geboren aus der Freiheit der eigenen Persönlichkeit, die ihren selbstgewählten Weg bis zum Ende geht. Ihm gegenüber stand und steht Hitler, der aus seinem jüdisch-jüdischen Umweltsystem, mit dem Volk verbundenen Freiheitswillen weit über alle Parteigrenzen hinaus dem deutschen Volk ein neues politisches und soziales Wollen gab. Genau wie Hindenburg ist darum auch Hitler alles andere als ein Parteiführer und hier heute noch nicht begriffen hat, daß die parteipolitische Form der deutschen Freiheitsbewegung nur eine zeitgebundene und darum auch z. Teil mit ihren Mängeln ausgerüstete Nebenerscheinung ist, wenn geschichtsbildende Erscheinungen nicht zu beurteilen.

Das aber ist das Wesen der Träger einer sterbenden oder kommenden Zeit: Jeder als Tagespolitiker hinaus, jenseits aller Zeitlosigkeiten solche Männer sind nur von dem Gedanken der Unsterblichkeit geleitet, denn er ist Ausdruck ihres Charakters und der wiederum ist allein die Kraftquelle zu geschichtsbildender Tat.

Wird Hindenburg immer wieder dem kommenden Führer der Nation die Unsterblichkeit seines Standpunktes vor, so verkennt der Bedenken, daß seine eigene historische Position auf einer gleichen Unsterblichkeit beruht, auch wenn sie aus einer anderen, heute geborenen Gedankenwelt stammt: beiderseits aber, die unserem Führer seine grundsätzliche Haltung heute vorhalten, werden ihm einst dankbar dafür sein, daß er als Außergewöhnlicher der besten Form für Unsterblichkeit des Charakters, nämlich: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders.“ neues, tatkräftiges Leben gegeben hat.

Nur nur von dieser Seite aus die letzten Tage betrachtet, gewinnt ein Urteil, das zugleich Erkenntnis für das Kommende ist. Es ist selbstverständlich, daß historische Vorgänge wie diese erste Auseinandersetzung zwischen Hindenburg und Hitler mit einer Fülle von tagespolitischem Belwert umgeben ist, mit dessen Aufspaltung oder gar Verdrängung sich keine Geister begnügen. Wir Nationalsozialisten sind von unserem Führer dazu erzogen worden, bei allen politischen und wirtschaftlichen Ereignissen die dahinter liegenden Kräfte zu beurteilen und so und darum sehen wir auch in der nur tagespolitisch bedingten Regierungsverweigerung nichts als einen neuen Zusammenstoß der kommenden und sterbenden weltanschaulichen Kräfte. So verständlich in den verschiedensten Kreisen die Enttäuschung über den äußerlich negativen Ausgang aus sein mag, so sind hier doch der festen Überzeugung, daß die weltanschauliche und damit staatspolitische noch nie so viel Boden gewonnen haben, wie in den letzten Tagen. Das kann natürlich nicht in den üblichen Gazetten zeigen, wohl aber in den politischen Tatsachen, die dieser Widerstandsbewegung folgen werden und die besagten schon heute, daß ein neuer Kampf

auf den Hitler rascher erfolgen wird, als die meisten von uns annehmen.

Am 13. August hat man geglaubt, uns übertrumpfen und einengen zu können. Das ist nicht gelungen. Welt ohne uns oder gar gegen uns eine Staatsführung unmöglich ist, hat man einen zweiten Versuch machen müssen. Dabei hat Hindenburg zum ersten Mal die politischen Kräfte geführt, die in unserer Bewegung wirken. Die Verhandlungen hat nicht Hindenburg, sondern Hitler geführt. Hindenburg hat aus den oben gekennzeichneten Gründen sich versagt, an der Neuordnung des Staates mitzuwirken. Aber er hat Hitler nicht mehr zurückweichen können wie am 13. August, sondern er mußte ihm zum Schluss seine Bereitwilligkeit erklären, zu einem Zeitpunkt, den Hitler bestimmt, mit ihm in neue Verhandlungen einzutreten. Dieser äußerliche Begleitumstand ist ein Symptom für die innerlich geborene weltanschauliche Position des Reichspräsidenten.

Was die Ereignisse nun unternehmen werden interessiert uns nur in zweiter Linie. Ob der neue Kanzler auf Adolf Papen, Raas oder Hugenberg heißt, ist an sich gleichgültig und wir warten nur mit einiger Regierde, in welcher Form sich das neue Kabinett etablieren wird, um in allerzögster Frist zu scheitern. Vermin hielt sich noch 2 Jahre, Papen 1. nur noch 6 Monate, sein Nachfolger dürfte selbst die Zeitpanne nicht überleben.

Unser Kampf ist in seinen Endabschnitt eingetreten und er wird bald gewonnen sein.

—art.

Die Antwort des Reichspräsidenten

Berlin, 24. November.

Amtlich wird mitgeteilt:

Zu seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag zur Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaube, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteibildung mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln werde, die herbeigebracht zu haben, der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Sozialdemokratischer Skandal

Voruntersuchung gegen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Heimdan

Berlin, 24. Nov. Gegen die Vorstandsmitglieder Paul und Maier der Gemeinnützigen Beamtenfiedlung Heimdan (S. m. b. G.) und das Aufsichtsratsmitglied Hauereimer Thabor, der sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter ist, ist vom Untersuchungsrichter beim Landgericht II die Voruntersuchung wegen des Verdachts der gewalttätigen Untreue eröffnet worden. Paul und Maier sowie Thabor sind derzeit in den Vorstand und in den Aufsichtsrat der Heimdan berufen worden, um die Heimdan-G. m. b. H. im Sinne der So-

zialdemokratie zu orientieren. Paul, Maier und Thabor wird vorgeworfen, zu hohe Spenden berechnet und außerdem zum Schaden der Gesellschaft ein luxuriöses Leben geführt zu haben. Es soll verschiedentlich vorgekommen sei, daß Paul und Maier in den Vorstandsversammlungen von Stenotypisten in Weinlohn in völlig betrunkenem Zustand aufgefunden worden sind und daß die Stenotypisten den Vorstandsmitgliedern bei der Unterschriftsleistung die Hand führen mußten, weil diese dazu allein nicht imstande waren.

Reichstagspräsident Goering vor der Presse:

Man hat Hitler Knüppel zwischen die Beine werfen wollen

Berlin, 25. November.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Gestern nachmittag um 5 Uhr empfing Reichstagspräsident P. Goering im Auftrag des Führers die in- und ausländische Presse im „Kaiserhof“, um den Standpunkt der NSDAP. zu den Verhandlungen mit Herrn von Hindenburg klarzulegen.

Reichstagspräsident Goering betonte eingangs, daß der Führer sich entschlossen habe, der Öffentlichkeit eine geschlossene Darstellung der einzelnen Vorgänge zu übermitteln. Man müsse feststellen, daß sich aus der Tatsache des 13. August die Notwendigkeit ergeben habe, die Verhandlungen schriftlich zu führen, da damals nach dem 13. August das Erinnerungsvermögen an gewisse Einzelheiten der Verhandlungen bei gewissen Seiten in starkem Maße geschwunden sei. Besonders notwendig sei diese schriftliche Fixierung der Verhandlungen dadurch geworden, daß der eine der Verhandlungspartner über vielerlei Möglichkeiten verfüge, die Öffentlichkeit zu unterrichten, sei es durch den amtlichen Apparat, den viel mißbrauchten Rundfunk, die schon Einrichtung der Aufnahmen, die bekanntlich nicht immer so den Tatsachen entsprechen, wie es den Anschein hat und die Verhängung des Burgfriedes, der eine Unterrichtung des Volkes in Versammlungen verbinde.

Durch den Briefwechsel sei erreicht, daß Dokumente vorlägen, die zweifelsfrei seien.

Der 13. August war, so fuhr P. Goering fort, die erste Möglichkeit, den Führer der deutschen Freiheitsbewegung Adolf Hitler, zum Kanzler zu berufen. Trotzdem damals die Chancen für eine Kanzlerschaft Hitlers bedeutend günstiger waren, als später, hat man es nicht dazu kommen lassen.

Um so ersaunlicher muß man es finden, daß diesmal, also bei einer ungünstigeren Sachlage, als am 13. August, Hitler den

Auftrag zur Bildung einer parlamentarischen Regierung erhielt.

Man muß sich ernstlich prüfen, mit welcher Absicht dieser Auftrag gegeben wurde.

War er wirklich ernstlich gemeint oder nur es nur der Versuch, die Unmöglichkeit der Bildung einer parlamentarischen Regierung zu dokumentieren und dadurch die Voraussetzungen für einen Notstand zu schaffen, der wiederum dem Wiedererleben eines „Papen“-Präsidialkabinetts günstig sein sollte. Schon der innere Widerspruch in dem Auftrag — es sei hier besonders an die präsidialen Vorbehalte erinnert — läßt darauf schließen, daß der Auftrag erteilt wurde, um ein Gemisch zu statuieren.

Es entspricht nicht den Tatsachen, wenn behauptet wird, daß die einzelnen Parteien mit diesen präsidialen Vorbehalten einverstanden gewesen seien. Es ist wohl möglich, daß die Parteiführer dem Reichspräsidenten gegenüber ihr Einverständnis zur Beseitigung des Dualismus zwischen dem Reich und Preußen erklärt haben. Es kommt aber darauf an, wie man sich diese Beseitigung vorstellt. Bei dieser Frage sind bereits Gegensätze vorhanden, die unmöglich gelöst werden können.

Ein verantwortungsbewußter Kanzler konnte diese Vorbehalte, die ein Scheitern seines Auftrags vornehmlich zur Folge haben mußten, nicht annehmen.

Anßerdem sind die Ansprüche, die der Reichspräsident stellte, in der Verfassung nicht verankert und der Kanzler eines parlamentarischen Kabinetts, der die alleinige Verantwortung dem Reichstag gegenüber trägt, konnte und durfte seine Zustimmung dazu nicht geben.

Es ist weiterhin irrig, wenn behauptet wird, daß Hitler eine höhere Weisheit schon vor seiner Beauftragung zum Kanzler gehabt hätte.

Hitler hat vielmehr erklärt, daß er als Kanzler mit präsidialen Rechten ausgestattet, sich eine Mehrheit in der Volksvertretung schaffen werde.

Dieser Standpunkt ist auch deshalb erklärlich, weil der Führer der NSDAP. im Gegensatz zu einem Herrn von Papen auf dem Standpunkt steht, daß es Aufgabe eines Staatsmannes ist, auch in der Volksvertretung eine Mehrheit zu finden.

Der Reichstagspräsident kam dann auf seine persönlichen Bemerkungen, die Ansicht der Parteiführer zu erörtern, zu sprechen. Als Reichstagspräsident habe er, so führte er aus, sich verpflichtet gefühlt, die Parteien zu hören. Zentrum und Bayerische Volkspartei hätten diese Botschaft im Rahmen des leblichen liegenden Befehlsgelobnis und seien der Einladung gefolgt. Herr Hugenberg habe abgelehnt.

Er, der Reichstagspräsident, müsse feststellen, daß es hier nicht auf das Alter des Herrn Hugenberg oder sein eigenes Alter ankomme, sondern, daß er als Reichstagspräsident den Parteiführer Hugenberg höflich gebeten habe, zu einer unerbittlichen Forderung zu kommen.

Er habe nicht gewußt, daß man Herrn Hugenberg gegenüber besonders, aus dem Rahmen des Heftigen herausfallende Höflichkeitserzeugungen nachschäffe.

Er bedauere, als Reichstagspräsident nicht eine Staatskarosse zur Verfügung zu haben, um den deutschen nationalen Parteiführer feierlich in seine Dienstwohnung geleiten zu lassen.

Bei den Unterhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum habe er festgestellt, daß diese beiden Parteien in der Frage der Befestigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen durchaus anderer Ansicht seien, als der Reichspräsident von Hindenburg.

Damit liege die Unmöglichkeit, eine parlamentarische Mehrheit auf der von Herrn von Hindenburg gewünschten Grundlage zu bilden, festgelegt gewesen.

„So, woher kam denn auf den Gegenstand des Führers zu sprechen, der in dem Brief des Führers an Hindenburg formuliert ist.“

Zum Schluß stellte Hr. Reichstagspräsident Goering mit erhobener Stimme fest:

Man hat dem Führer der größten deutschen Bewegung, man hat Adolf Hitler die Vollmachten verleiht, die bisher jedem Kanzler, mag er geheissen haben, wie er mag, bereitwillig zur Verfügung gestellt wurden.

Das, was man Hitler gab, war keine Chance, wie man heute gern wahrhaben möchte, sondern ein Knüttel, den man ihm zwischen die Beine werfen wollte.

Man muß zu der Ueberzeugung kommen, daß alles das, was in den letzten Tagen gesagt, nur getan wurde, um Herrn von Papen oder einem ähnlich gearteten Herrn die Möglichkeit zu geben, wieder auf der politischen Bühne zu erscheinen.

Es gab nur zwei Möglichkeiten, diese Kräfte zu lösen: Einmal hätte man Adolf Hitler frei von allen Bindungen und allen Vorbehalten die Möglichkeit zur Bildung eines parlamentarischen Kabinetts geben

müssen. Wenn man das nicht wollte, hätte man Hitler alle Möglichkeiten erschließen und alle Chancen geben müssen, um ein Kabinett zu bilden und sich auf Grund der Leistungen dieses Kabinetts eine Mehrheit zu schaffen. Das wäre ein chinesisches Spiel gewesen!

Was nun wird? Ich möchte Sie hier auf die Ausführungen von Dr. Schacht verweisen, der sagte, daß, wenn Hitler heute nicht Reichskanzler werde, dann müsse man ihn in vier Monaten holen.

Ich betone ausdrücklich, daß der Nationalsozialismus jedes Kabinett, mag es heißen, wie es will, mag sein Kanzler sein, wer er mag, ebenso hart bekämpfen wird, wie er das Kabinett von Papen bekämpfte und zum Fall gebracht hat. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß nur der Nationalsozialismus in der Lage ist, das deutsche Volk aus dem Elend herauszuführen, daß nur der Nationalsozialismus Adolf Hitler die ungeheure dringliche Wiederanbahnarbeit leisten kann. Von diesem Gedanken lassen wir uns leiten und dieser Gedanke wird maßgebend sein für unser künftiges Verhalten.

pen mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Der Führer bleibt vorläufig in Berlin

Berlin, 25. Nov. Der Zeitpunkt der Abreise Hitlers nach München ist noch nicht festgelegt. Adolf Hitler bleibt vorläufig in Berlin.

Versprechungen des Führers mit Hugenberg und Schäffer

Berlin, 24. Nov. Die Reichspressstelle der NSDAP teilt mit: Nach vielen Monaten hat neben Versprechungen mit Führern anderer Parteien am Donnerstag auch wieder eine Versprechung Adolf Hitlers mit dem Führer der Deutschen Nationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, stattgefunden. Am Donnerstag nachmittag hat auch eine persönliche Unterredung zwischen Adolf Hitler und dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, stattgefunden.

Der Preussische Landtag tagt

Berlin, 24. November. Der Preussische Landtag trat am Donnerstag nachmittag zu einem auf drei Tage berechneten Volltagungsabschnitt zusammen. Präsident Herl eröffnet um 15.15 Uhr die Sitzung vor stark besetztem Hause und überfüllten Tribünen.

Zu Beginn der Sitzung gab der deutschnationale Fraktionsvorsitzende, Dr. von Winterfeldt, namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der gesagt wird, daß die deutschnationale Volkspartei es ablehne, mit der „so genannten Regierung Braun“, der feierlichen Ausföhrungsbezugnisse zustimmen, zusammenzuarbeiten. Die deutschnationale Fraktion sei der Ansicht, daß die Tagungen des Landtages selbst gegenwärtig unterbleiben müßten.

Das Haus tritt hierauf in die Aussprache über die Verfassungsfrage zwischen Preußen und Reich ein.

Hierüber leitete die Aussprache ein mit einer längeren Stellungnahme des preussischen Staatsministeriums. Er ging im einzelnen auf das Preussische Urteil und seine Begründung ein und schloß insbesondere seine Rede damit, daß die Reichsregierung es noch nicht für notwendig gehalten habe, dem Reichspräsidenten die Abänderung der Verordnung vom 20. Juli vorzuschlagen.

Der Minister wandte sich besonders auch gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten, wonach die Reichskommissare mit „der preussische Ministerpräsident“, der „preussische Justizminister“ usw. zu bezeichnen seien.

Die Staatsregierung kämpfe nicht für ihre Rechte, sondern für die Rechte der jeweiligen preussischen Staatsregierung und darüber hinaus für die Rechte des Landes Preußen. In diesem Kampfe erhalte sie die Unterstützung des Landtages ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit.

Der Beratungsplan des Landtages

Der Ministerrat des Preussischen Landtages hielt vor der Volltagung des Landtages eine Sitzung ab, in der der Beratungsplan des Landtages festgelegt wurde. Es wurde beschlossen, die auf der Tagesordnung stehenden Anträge in drei Abschnitten zu behandeln.

Der erste Abschnitt bezieht sich auf die Verfassungsfrage, der zweite auf die Gewerbebeschränkungen und Erwerbslosenfragen, während der dritte Abschnitt die Anträge zum Ausstand bei der Berliner Verkehrsgesellschaft und über die Urteile der Sondergerichte umfaßt. Die Aussprache über alle drei Abschnitte soll in drei Sitzungen erledigt werden.

Am Samstag wird sich der Landtag verabschieden. Die nächste Woche soll wegen der thüringischen Wahlen Sitzungspause bleiben, ebenso die übernächste Woche wegen des katholischen Feiertages. Der Landtag wird danach voraussichtlich vom 13.—17. Dezember seine nächste Sitzung abhalten.

Nur Gefängnis für den Mord an einem SA-Mann

Böckum, 24. November. (Eigenbericht.) Die schwere Mordtat, die sich in der Nacht zum 23. Oktober dieses Jahres am alten Markt in Langendörfer ereignete, bei der der sich außer Dienst befindliche Polizeiaufseher Emil W. u. s. h. n. o. s. n. nach einem kurzen Wortwechsel, ohne genötigt zu sein, den SA-Mann B. a. m. durch einen Schuß zu Boden stieß, fand jetzt vor dem Sondergericht ihre Sühne. Bekanntlich ist der SA-Mann Barm noch in der gleichen Nacht an den Folgen der schweren Verletzung gestorben.

Der Tat hatte seinerzeit berechtigtes Aufsehen erregt, zumal der verhaftete Polizeibeamte im Aufstand, ein Reichsbannermann zu sein. Um so mehr liegt die Allgemeinheit über das nunmehr gefällte, äußerst milde Urteil erlaunt. Der Staatsanwalt hatte unter Heranziehung der Notverordnung wegen Totschlags eine Zuchthausstrafe von über zwölf Jahren beantragt. Der Vertreter des Rechtsanwalts ersuchte um Freispruch. Das Gericht hielt jedoch den Tatbestand für nicht so hinreichend geklärt, daß es auf Totschlag erkennen konnte und verurteilte Barm zu zwei Jahren und einem Monat Gefängnis.

Der Briefwechsel zwischen Hindenburg und Hitler

Die amtliche Veröffentlichung über den Briefwechsel zwischen dem Vize des Reichspräsidenten und Hitler enthält folgende fünf Schreiben:

1. Die Voraussetzungen, die der Reichspräsident Adolf Hitler am Montag, den 21. 11. überreicht hat.

Dieses Schriftstück enthält die bekannten Programmpunkte sowie folgende Feststellung des Präsidenten an Hitler:

„Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb erlaube ich Sie als den Führer der stärksten Partei festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit festen einheitlichen Arbeitsprogramm im Reichstag haben würde.“

2. Das Schreiben Hitlers vom 21. 11. an Meißner.

In diesem Schreiben weist Hitler darauf hin, daß er in einer Reihe von Punkten des ihm gewordenen Auftrages einen unüberwindlichen Widerspruch erblicke. Er bitte daher festzustellen, welche Regierungsform der Reichspräsident wünsche: Präsidialkabinet oder parlamentarisches Kabinett mit den bekannten Vorbehalten und Einschränkungen. Hitler weist in dem Schreiben weiter darauf hin, daß Brüning auch als Präsidialkanzler einer der parteipolitischen Führer des Zentrums gewesen sei, Hitler selbst habe sich hingegen nicht als Parteiführer gefühlt, sondern einfach als Deutscher. Daß seine Bewegung in die Parteien gegangen sei, habe seinen Grund in der Verfassung. Er selbst habe sich bewußt von jeder parteipolitischen Tätigkeit ferngehalten. Der Unterschied zwischen seiner und der Auffassung des Kabinetts von Papen über die Möglichkeit einer autoritären Staatsführung liege nur darin, daß er glaube, daß sie voraussetze, daß sie eine Verankerung im Volk befinde.

3. Das Antwortschreiben Meißners vom 22. November.

In diesem Brief Meißners aus, daß der Unterschied zwischen Präsidialkabinet und parlamentarischer Regierung vom Präsidenten in folgendem gesehen werde: Das Präsidialkabinet werde notwendige Regierungsmassnahmen auf Grund des Artikels 48 in Kraft treten lassen. Eine parlamentarische Regierung müsse hingegen ihre Gesetzentwürfe vor dem Inkrafttreten den gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung und Genehmigung vorlegen. Sie beziehe ihre Machtvollkommenheiten ausschließlich von einer parlamentarischen Mehrheit. Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Reichspräsidenten sein könne. Ein Präsidialkabinet müsse überparteilich geführt sein. Hiernach könne ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer die Ausschließlichkeit seiner Bewegung fordernden Partei, nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein. Brüning sei erst Präsidialkanzler geworden, nachdem er sich das Vertrauen des Reichspräsidenten erworben habe. Auf ähnlichem Wege wie Brüning könnte auch eine von Hitler geführte Regierung im Laufe der Zeit zum Präsidialkabinet umwandeln. Das Kabinet Papen sei zurückgetreten, weil es eine Mehrheit zur Durchführung seiner Massnahmen nicht hätte finden können. Ein neues Präsidialkabinet wäre also nur dann eine Verbesserung, wenn es diese Mängel beseitigen könne und gleichzeitig die Eigenschaften des Kabinetts Pa-

pen (überparteiliche Führung und Zusammenfassung ohne Parteiprogramm und Besitz des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten) aufweise. Nach diesen Ausführungen kann es sich bei dem Auftrag an Hitler nur um die Bildung eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts handeln. Die Voraussetzungen des Reichspräsidenten stünden mit einer solchen parlamentarischen Lösung nicht im Widerspruch.

4. Das Schreiben Adolf Hitlers an Meißner vom 23. 11.

In diesem Brief Hitler in drei großen Punkten folgendes aus:

a) auch ein Präsidialkabinet bedarf zur nachträglichen Billigung seiner Massnahmen einer politischen Mehrheit. Die Anwendung des Artikels 48 sei im übrigen durch ein Urteil des Staatsgerichtshofes auf ganz bestimmte Fälle und begrenzte Zeiten beschränkt worden. Es sei in Zukunft nicht die Aufgabe eines Kanzlers, sich eine Mehrheit durch ein Ermächtigungsgesetz zu sichern.

b) Wenn der Reichspräsident eine 100-prozentige parlamentarische Lösung wünsche, so sei dies nicht möglich, wenn die Stellung dieses Auftrages mit Bindungen verbunden sei, die die Lösung in sich verbieten. Nicht mit der Verfassung ist es zu vereinbaren, wenn die Befragung des Amtes des Ministers des Auswärtigen und des Reichswirtschaftsministers als Sache der persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten in Anspruch genommen wird. Auch Reichsaussenminister und Reichswirtschaftsminister können nur auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt werden. Die Feststellung des Wirtschaftsprogramms, keine Wiederkehr des Dualismus zwischen Reich und Preußen, keine Einschränkung des Artikels 48 seien alles Voraussetzungen, die bei einem parlamentarischen Mehrheitskabinet dem Reichspräsidenten nur nach Maßgabe der Artikel 68 ff. über die Reichsgesetzgebung zustünden. Die Bedingungen, die der Reichspräsident gestellt habe, seien noch nie in diesem Sinne und in diesem Umfange gestellt worden.

c) Hitler erklärt, daß es falsch sei, wenn erklärt werde, daß bereits andere Parteiführer ihre Bereitwilligkeit erklärt hätten, auf die Vorbehalte des Reichspräsidenten einzugehen. Diese Erklärungen liegen jedenfalls nicht schriftlich vor. Aus der Versprechung Goerings mit dem Zentrum und aus der Auffassung der Bayerischen Volkspartei gehe die Befähigung der Ansicht Hitlers hervor. Hitler lehne den Auftrag damit ab und mache folgenden Vorschlag:

Hindenburg verhandelt weiter mit den Parteiführern

Berlin, 24. November. Amtlich wird mitgeteilt: „Der Reichspräsident empfing am Donnerstag nachmittag den Führer des Zentrums, Prälaten Kaas, zu einer Aussprache über die Frage der Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag.“

Die Aussprache wird am Freitag nachmittag fortgesetzt. — Wie verlautet, wurden auch die anderen Parteiführer noch am Donnerstagabend zu dieser Frage gehört. Bei diesen Verhandlungen ließ sich der Reichspräsident durch Staatssekretär Meißner vertreten. Es waren Hugenberg für die Deutschen Nationalen, Staatsrat Schäffer für die Bayerische Volkspartei und Dingeldey für die Deutsche Volkspartei zu dieser Aussprache gebeten worden.

Wie man aus unterrichteten Kreisen hört, handelte es sich bei dem Empfang des Prälaten Kaas durch den Reichspräsidenten darum, daß der Reichspräsident, nachdem die Verhandlungen mit dem Führer der größten Bewegung gescheitert sind, nun auch noch

mit dem Führer der zweitgrößten Fraktion von deutschen Parteien, die für die nationale Konzentration in Frage kommen, die Forderung aufnehmen wollte. Der Reichspräsident dürfte mit Kaas darüber gesprochen haben, ob dieser es noch für möglich hält, im Reichstage eine Mehrheitsfraktion aufzubauern. Kaas hat bereits bei dem ersten Empfang durch Hindenburg den Standpunkt vertreten, daß eine Mehrheit im Reichstag gebildet werden könnte.

Wie man hört, hat er dem Reichspräsidenten noch keine endgültige Antwort auf seine Frage gegeben; er wird sich erst noch mit seinen Parteifreunden beraten, vielleicht auch noch kurz mit den anderen Parteiführern Rücksprache nehmen und erst am Freitag seine Antwort dem Reichspräsidenten übermitteln.

Man rechnet jedoch auch mit der Möglichkeit, daß morgen im Laufe des Tages der Reichspräsident erneut Reichskanzler v. Pa-

Unangenehme Ueberraschung in Paris

Lausanner Vertrag hinfällig

Paris, 24. November. Die Weigerung Hoover's, das Schuldenmoratorium über den 15. Dezember hinaus zu verlängern, hat in französischen politischen Kreisen sehr unangenehm überfallen. Das „Journal“ spricht von einem sehr merkwürdigen Entschluß, dessen Auswirkungen fiderlich verheerend sein würden. Das Vertrauen, das in Kaufmann aus der Schweiz hervorgegangen sei, daß es nun endlich mit den erdrückenden Lasten der interalliierten Schulden vorbei sei, habe einen furchtbaren Schlag erlitten. Die Auswirkungen würden umso bedauerlicher sein, als die Erklärungen Hoover's an den ehemaligen Ministerpräsidenten Laubal zu ganz anderen Hoffnungen berechtigt hätten. Unter diesen Umständen könne vorläufig natürlich gar keine Rede von einer Ratifizierung des Lausanner Abkommens sein und auch die Ergebnisse der Streiker Konferenz seien launig. Die Weltwirtschaftskonferenz müsse schon jetzt als auf unbestimmte Zeit verschoben betrachtet werden. Der Washingtoner Sonderberichterstatter des „Reit Parisien“ drückt seinem Blatt, daß man vor Ablauf der Regierungszeit Hoover's überhaupt nichts von Amerika erwarten dürfe. Das Schlimmste, was Frankreich passieren könne, und was die französischen Interessen in Amerika endgültig kompromittieren würde, sei die Zahlungsverweigerung am 15. Dezember.

Amery für Sonderzölle auf amerikanische Waren

London, 24. November. Der frühere englische Kolonialminister Amery legte am Mittwoch im Unterhaus dar, daß die am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldenzahlungen in Gold ausbezahlt werden sollen. England brauche das Gold nicht, solange es nicht zum Goldstandard zurückkehre. Gleichzeitig solle England den Handelsvertrag mit Amerika kündigen und Sonderzölle auf amerikanische Waren erheben, die in Gold oder Dollar bezahlt werden müßten.

Angeblicher deutscher Spion in Frankreich verurteilt

Paris, 24. November. Das Gericht in Straßburg verurteilte am Mittwoch den angeblichen deutschen Spion Franz Kus zu drei Jahren Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Kus war von französischen Grenzbeamten auf der Straße Rheingraben verhaftet worden und soll sich im Besitz von Schriftstücken über die Organisation der französischen Landesverteidigung befunden haben.

Deutscher Ausschuss für die Flotzfrage eingeleitet

Genf, 24. November. Der Völkerbundsrat beschloß am Mittwoch in öffentlicher Sitzung, zur Behandlung des Antrages des antirenden Dänischer Völkerbundkommissars über die Frage der Rechtsmäßigkeit der Flotz-Verordnung der dänischen Regierung für die Dänischer Eismägen einen engeren Ausschuss einzusetzen, der aus dem englischen Außenminister Simon, dem norwegischen Außenminister Braatland und dem spanischen spanischen Vorkämpfer Morarige besteht.

Trotzki in Dänemark

Kopenhagen, 24. November. Der ehemalige russische Volkskommissar Trotzki traf am Mittwoch am Bord eines dänischen Dampfers in Esbjerg ein, wo sich am Landungsstai eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Die Kommunisten führten Plakate mit sich und pflüchten Trotzki aus. Auch aus den bürgerlichen Reihen wurde Trotzki mit Hui-Rufen bedacht. Die Polizei hatte scharfe Absperremaßnahmen getroffen.

Die dänische Regierung wird von den bürgerlichen Zeitungen scharf angegriffen, weil sie Trotzki, der durch Blut gewahrt sei, die Einreise erlaubt habe, während Dr. Goebbels die Einreise verweigert wurde.

Trotzki's Anwesenheit in Dänemark, die zu den heftigsten Angriffen gegen die Regierung geführt hat, scheint sich zu einem regelrechten Skandal zu entwickeln. Prinz Lange von Dänemark, ein Vetter des dänischen Königs, richtet von Paris aus einen offenen Brief an die Mitbürger von „Berlingste Tidende“. Trotzki, so schreibt er, der den Mord der Zarenfamilie anerkennt, der sein Land an den Feind verraten hat, ist nach Kopenhagen von dänischen Studenten eingeladen worden. Als Däne muß ich meine Empörung und meine Trauer darüber zum Ausdruck bringen, daß eine solche Handlung möglich ist. Jetzt verleihe ich das Gerücht, wenn man sagt: „Es ist etwas faul im Staate Dänemark“.

Die dänische Rundfunkleitung habe eine Verbreitung des Vortrages Trotzki's durch den dänischen öffentlichen Rundfunk verboten.

Valbo gegen die Internationalisierung der Luftfahrt

Paris, 24. November. Ein Sonderberichterstatter des „Paris Midi“ hat den italienischen Luftfahrtminister General Valbo besucht. Der General hat sich dabei zu dem französischen Vorschlag auf Internationalisierung der Luftflotte geäußert. Wir halten, sagte er, diese Vorschläge für undurchführbar. Die Luftflotte erfordert Vaterlandsliebe; man kann nicht unter der weißen Fahne dienen und unsere Flieger sollen nicht vom Völkerbund bezahlte Wächter des Friedens sein. Wenn wir uns eines Tages schlagen, so werden wir es für das Vaterland tun. Dienen muß eine Religion sein!

Der Ausschuss für Lufttransport der Internationalen Handelskammer hat die Frage der Internationalisierung der zivilen Luftfahrt geprüft. Ohne auf die politische Seite der Angelegenheit eingehen zu wollen, war der Ausschuss einstimmig der Ansicht, daß die Internationalisierung der zivilen Luftfahrt ihrer Entwicklung außerordentlich schädlich sein würde.

Sozialdemokratische „Gesinnungsfreiheit“

Stettin, 24. Nov. Wie wir erfahren, wurde der sozialdemokratische Landrat Dr. Dr. Breitfeld vom Landratsamt Uckermark durch einen Beschluß des Stettiner Parteibezirksgerichtes der SPD aus der Partei ausgeschlossen.

Landrat Breitfeld hatte auf Grund seiner amtlichen Erfahrungen mit den heutigen sozialen Fürsorge-Einrichtungen eine Arbeit „Zur Lage der sozialen Fürsorge“ veröffentlicht. Darin hatte er u. a. auf schwere Mißstände auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge und der demoralisierenden Wirkung auf große Teile der Bevölkerung hingewiesen. Das Stettiner Parteibezirksgericht der SPD verlangt nun von ihm die Zurücknahme oder Ab schwächung seiner Ausführungen. Breitfeld hielt jedoch seine Auffassung aufrecht, und äußerte, daß, die Sozialdemokratie zugrunde gehen werde, wenn sie an der jetzigen Auffassung von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Fürsorge in ihrem heutigen Umfange festhalte.

Das sind die Leute, die Tag für Tag nicht genug Warden erzählen von der geringen Unfreiheit, die in einem nationalsozialistischen Staate herrschen werde! Freiheit!

SPD-Versammlung aufgelassen

Sozialdemokratische Demagogie in Lehesterdeich Das angestrebte Reichsbanner zurückgeschlagen Gestern Abend fand im Lokal Jürgens in Lehesterdeich eine Wahlversammlung anlässlich der Gemeindevorwahlen am kommenden Sonntag in Bremen-Land statt. Es sprachen der SPD-Gemeindevorsteher Gesten und das Bremer Bürgerchaftsmitglied der SPD, M. Ester. Während Gesten sich bemühte, in seinem Referat noch einigermaßen sachlich zu sprechen, hielt Ester eine ausgesprochene demagogische Rede gegen den Nationalsozialismus.

Er bezog sich auf Zeitungen, Redner und Männer, die er erst als Nationalsozialisten bezeichnete und als er dann durch Zwischenrufe aufgelassen wurde, daß diese Aussagen und Schriftsätze nicht von Nationalsozialisten stammten, erklärte er dreist und frech, wenn sie auch keine Nationalsozialisten seien, so sei es doch im Geist des Nationalsozialismus gesprochen und geschrieben. (!)

Zu der Diskussion sprach Pg. Pfeifer. In klaren und deutlichen Ausführungen rechnete er dann mit der Verlogenheit der SPD ab, so daß die Erzmarxisten hin und wieder laut aufbrüllten. Der Versammlungsleiter wollte die Wirkung von Pg. Pfeifers Worten abschwächen und forderte diesen auf, zur Sache zu sprechen.

Als Pg. Pfeifer erklärte, er spräche ja zur Sache, da er nur die Angriffe der Vorredner gegen die NSDAP widerlege, kam es im Verlauf seiner Ausführungen zu einem Wortwechsel zwischen anwesenden Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten.

Das Reichsbanner griff darauf die Nationalsozialisten an, aber in ganz kurzer Zeit hatten die Nationalsozialisten die Oberhand und das Reichsbanner wurde zurückgedrängt.

Auf Seiten der Nationalsozialisten lief schwere Verleumdungen nicht vorgekommen. Von der Gegenseite ist es unbekannt, es scheint aber, daß jenseitig Meister als auch der Versammlungsleiter einen kleinen Denzettel erhalten haben.

Auch diese Versammlung bekundet wieder, daß es den marxistischen Vongien nicht darauf ankommt, sachlich um die Befreiung Deutschlands zu kämpfen, sondern durch Aufpöhlung und Verleumdung ihre Pflichten und Posten noch einmal zu retten.

Die Devisenschiebungen des Geheimen Regierungsrats Tillich

Devisengeschäfte unter dem Deckmantel der Wohlfahrt

Berlin, 23. Nov. Vor dem Schnellschöffengericht beim Amtsgericht Berlin-Mitte hatten sich der Kaufmann Dr. jur. Adolf Borchardt, der von 1904 bis 1916 Generalbevollmächtigter und Vermögensverwalter Tillich's war, der Geheimen Regierungsrat Tillich aus dem Preussischen Wirtschaftsministerium, der Bergwerksdirektor Gustav Cordes aus Hannover, der Bankdirektor der Dresdener Bank Reinhard Rubner, der Kaufmann Wilhelm Brauer und der Rittmeister a. D. Scheel aus Kassel wegen Devisengeschäften zu verantworten. Geheimrat Tillich, Dr. Borchardt, Direktor Cordes und der Detektiv Rubner wurden beschuldigt, gemeinsam in der Zeit vom 24. Mai bis 15. Juni d. Js. in ausländischem Besitz befindliche F. G. Farben-Aktien im Werte von 115.000 RM. auf das Konto Tillich bei der Dresdener Bank gebracht und entgegen den Vorschriften der Devisenbewirtschaftungsstelle dem schäftigen Bergwerksdirektor Schmidt ausgereicht zu haben, ferner sollen sie Devisen in Höhe von 67.000 RM. mit Hilfe des Rittmeisters a. D. Scheel zwischen dem

14. und 27. Oktober d. Js. auf das Konto bei dem Berliner Bankhaus Wilmig eingezahlt und den Erlös an den Malter Goldländer und den Kaufmann Brauer weitergegeben haben. Schließlich sollen die Angeklagten den Beschuldigten gemacht haben, sich nachträglich eine Genehmigung für ihre Devisentransaktionen unter dem Vorwand, daß es sich um notwendige Zwecke handele, zu verschaffen. Die Ermittlungen der Zollfahndungsstelle haben ergeben, daß dieses Konfession im Ausland befindliche Effekten in Höhe von etwa 3 1/2 Millionen RM. veräußern und wieder nach dem Ausland zurückbringen wollte. Zu dem Verkauf in solcher Höhe ist es aber nicht mehr gekommen.

Zu Beginn der Verhandlung kam zur Sprache, daß sich mehrere Rechtsanwälte zur Verteidigung der Angeklagten im Untersuchungsgefängnis angeboten hätten. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Staatsanwalt Jakobson, erklärte, daß diese Anwälte zweifellos von interessierten Kreisen geschickt worden seien, die hinter diesen Devisentransaktionen ständen. Dieser Angelegenheit würde seitens der Staatsanwaltschaft noch nachgegangen werden. Die Verhandlung wird voraussichtlich drei Tage in Anspruch nehmen.

Kleine Politik

Der Devisenprozeß gegen den Geheimrat Tillich und Genossen, der im Schnellverfahren verhandelt wurde, ist vertagt worden, um den Prozeß in ein ordentliches Verfahren überführen zu können.

Der sächsische Landtag wählte am Donnerstag den deutschen Abgeordneten Dr. Gahbert zum Präsidenten.

Für den Bau eines neuen Schulschiffes, das jedoch nicht den Namen „Niobe“ tragen soll, hat der Chef der Marineleitung insofern Angebote angefordert.

Auf den Delbrück-Schächten in Gleditz ging am Donnerstag eine Sirede von 80 Metern zu Bruch, wobei 4 Mann eingeschlossen wurden.

Im Außenministerium in Moskau wurde das russisch-polnische Schlichtungsabkommen unterzeichnet, das einen Teil des russisch-polnischen Nichtangriffsvertrages bildet.

Der ehemalige russische Volkskommissar Trotzki ist in der Nacht zum Donnerstag in Kopenhagen eingetroffen.

Die 2. Holländische Kammer hat den Gesetzentwurf der Regierung über die 30prozentige Erhöhung des Einfuhrzölles auf in Holland nicht fabrizierte Waren angenommen.

Vor dem Völkerbundsrat in Genf wurde am Donnerstag die Aussprache über den Lytton-Bericht mit Erklärungen des japanischen und chinesischen Vertreters fortgesetzt.

Der bekannte Professor Piccard beabsichtigt nach den Vereinigten Staaten zu fahren, um dort Mittel zu sammeln für einen Ballonaufstieg in der Nähe des Nordpols.

In der Nordmandschurie ist es erneut zu schweren Kämpfen zwischen japanischen und chinesischen Truppen gekommen, deren Zahl je 35.000 beträgt.

Infolge der durch die 13jährige Mißwirtschaft in Anhalt sehr schwierigen Kassenverhältnisse steht sich das Anhaltische Ministerium gezwungen, die Schlachtsteuer einzuführen.

Geheimrat Dunsberg hat den Vorsitz in der Solinger Industrie- und Handelskammer niedergelegt.

Im Dänischer Volkstag wurde am Mittwoch der nationalsozialistische Antrag auf sofortige Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes für die Regierung, zu dem jedoch die Regierung ein Verweigerungsfrist von 3 Monaten hat, angenommen.

Nein, sie beisst nicht!



OBERST bei der nachteurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.

Die Zigaretten-Raucher der billigeren Marken schätzten früher an ihrer Sorte eine gewisse Schärfe, während die Freunde der 5 und 6 Pf. Zigaretten das Mildaromatische liebten. OBERST, noch immer nach dem Rezept einer 5 Pf. Zigarette hergestellt, hat nun mit grossem Erfolg die mildaromatische Richtung in die 3 1/2 Pf. Preislage hineingetragen. Werden doch ca. 165 Millionen OBERST im Monat geraucht! OBERST die 3 1/2 Pf. Zigarette

Huchting Nationalsozialisten!

wählt am 27. Nov.

Warum stellt die NSDAP. in Huchting eine eigene Liste auf?

Diese Frage wird des öfteren an uns gerichtet. Bereits früher ist in der „BNZ“ auf die Gründe hingewiesen worden, die uns zwingen, in Huchting mit eigener Liste aufzutreten. Wir wollen im Nachstehenden nochmals kurz darauf eingehen.

Zunächst einmal: Wir sind ohne weiteres hant unserer Stärke berechtigt, eine eigene Liste aufzustellen. Wir haben auch in allen nationalsozialistisch geleiteten Gemeindeausschüssen bewiesen, daß wir Kommunalpolitik zum Wohle der Gemeinde treiben.

Wegen der besonderen Bedeutung der diesmaligen Wahlen in den bremischen Gemeinden (Wahl des Kreistages und des Kreis-ausschusses durch die am 27. November zu wählenden Gemeindeausschüsse) sind wir jedoch in allen bremischen Gemeinden an die bürgerlichen Parteien herangetreten, um durch eine Einheitsliste einer Zersplitterung gegenüber der marxistischen Front vorzubeugen.

In Huchting

haben wir die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die bisher im Gemeindeausschuß vertreten waren, bereits am 26. September zu einer Besprechung über eine zu bildende Einheitsliste eingeladen. Da diese Vertreter erst mit ihren Anhängern Rücksprache nehmen wollten, wurden noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt, sondern eine neue Zusammenkunft für den 6. Oktober anberaumt.

In dieser Aussprache ist es aber leider nicht mehr gekommen, da die bürgerlichen Parteien uns schon vorher brieflich mitteilten, daß ein Zusammengehen mit uns nicht möglich sei, weil sie beschloßen hätten, mit den bisherigen Gemeindeausschußmitgliedern eine bürgerliche Einheitsliste zu bilden. Wir sahen uns deshalb gezwungen, mit eigener Liste in den Wahlkampf einzutreten.

Durch die von uns vorgeschlagene Listenverbindung mit der bürgerlichen Einheitsliste wird einem Verlus durch Bestimmen gegenüber der marxistischen Front vorgebeugt.

Unser Ziel muß sein, die marxistische Mehrheit auch in den bremischen Landgemeinden zu brechen.

Wir wissen wohl, daß Politik in der Gemeindeverwaltung in den meisten Fällen nicht angebracht ist und die Vertreter der verschiedenen Parteien zum Wohle der Gemeinde handeln müssen. Da aber die Abhängigkeit der Gemeinde von der Staatspolitik jedem sehr klar geworden sein sollte, (wir erinnern nur an das gewaltige Anwachsen der Fürsorgeleistungen in den Gemeinden, weil das Reich die hohen Lasten der Arbeitslosenversicherung zum Teil von sich abgestülpt hat), so ist es unsere Pflicht, die Macht der Parteien, die die bisherige Politik im Reich unterstützt haben und somit letzten Endes für die Not der Gemeinden verantwortlich sind, auch in der Gemeindeverwaltung zu brechen.

Man fragt uns: „Ja, was ist denn Euer Programm in der Gemeindeverwaltung?“ Wir fragen zurück: „Und was ist Euer Programm?“ Herr Senator Klemann hat erst in einer sozialdemokratischen Versammlung in Huchting am letzten Mittwoch erklärt: „Wir haben in diesem Winter nur dafür Sorge zu tragen, daß wir unsere Arbeitslosen und Fürsorgeempfänger durch den Winter bringen und unsere Beamten bezahlt werden können; alles andere hat dagegen in dieser Notzeit zurückzutreten.“

Wenn das hier das sozialdemokratische „Programm“ ist, so sagen wir, das ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Wege zur Besserung hat Herr Senator Klemann nicht gezeigt, er hofft nur auf „einen neuen Silberstreifen“ am Horizont. Unser Grundsatz:

„Gemeinnutz vor Eigennutz“

Ist der Grundsatz, auf dem einst eine nationalsozialistische Gemeindeverwaltung aufgebaut werden muß. Wenn wir selbst nach diesem Grundsatz handeln, und ihn in der Gemeinde zu verwirklichen suchen, werden wir auch das Vertrauen der breiten Volksmassen zu unserer Bewegung erringen.

Auf organisatorischem Gebiet, in reinen Verwaltungs- oder technischen, sowie sonstigen anderen, oft vollkommen unpolitischen Fragen, müssen selbstverständlich Zweckmäßigkeitsgründe von Fall zu Fall entscheidend sein. Es gibt ja in der Gemeinde überhaupt sehr viele Angelegenheiten, die nur von örtlicher mehr oder weniger großer Bedeutung sind, die aber bei-

merlei politischer Erörterung unterliegen können. Deshalb wird sich auch viel häufiger als in einem großen Parlament eine einstimmige Stellungnahme aller Parteien oder doch in einzelnen Fällen das verbriefte Mehrheitsverhältnis ergeben.

Unser Volk ist heute den großen politischen Fragen gegenüber meist gleichgültig, vielfach aber zu politischem Denken überhaupt gar nicht fähig. Die marxistisch-materialistische Denart eines großen Teiles der Volksmassen trübt den Blick für das Große und läßt jeden nur immer das Nächstliegende erkennen. Nur die Krantheitserscheinungen, aber nicht ihre Ursachen werden vom Volke empfunden.

Ganz anders steht das Volk den Ereignissen in der Gemeinde gegenüber. Kleine und kleinliche Interessen sind es oft, die den einzelnen veranlassen, sich an die Gemeindeverwaltung oder an einzelne Mitglieder derselben zu wenden. Viele sind der Meinung, die meisten Schäden der heutigen Zeit seien entweder von der Gemeindeverwaltung verschuldet, oder diese sei wenigstens in der Lage, bei gutem Willen, in jedem Falle zu helfen.

Wenn die Steuern und Gebühren in die Höhe geschraubt, Umlage und Tarife fortgesetzt erhöht werden, so fällt das auch dem abgestumpften Spießer auf. Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, wenn immer mehr Volksgenossen zu den Wohlfahrtsämtern getrieben werden, weil sie ohne Arbeit sind oder weil sie durch die „Aufwertungsgehe“ den letzten Rest ihrer Ersparnisse verloren haben, wenn die Gewerbetreibenden um Arbeit betteln, wenn sie um Nachlaß oder Erstattung rückständiger Steuern nachsuchen müssen, so kommt das alles und noch vieles andere mehr in der Gemeinde mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Hier greift es den einzelnen unmittelbar an den Lebensnerv oder doch an den Geldbeutel. Er verlangt Abhilfe von der Gemeinde. Diese versucht natürlich, den sichtbarsten Mängeln abzuwehren.

Allein die wahren Ursachen getraut man sich auch in der Gemeindeverwaltung selten aufzudecken.

Wenn wir demnach in die Gemeindeverwaltung eingehen, so werden wir, immer unter größter Acht vor Augen, mit vollem Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit dem Gemeinwohl dienen, getreu unserm Grundsatz:

Gemeinnutz vor Eigennutz!

Öffentliche Wahlversammlung in Huchting

morgen, 20³⁰ Uhr im „Haus Niedersachsen“

Pg. Pfeifer spricht über:

Nationalsozialismus u. Gemeindeausschuß

Freie Aussprache

Eintritt frei

Weitere Versammlungen

Obernland

25. November, 20.30 Uhr, in „Jürgenshof“ spricht Pg. Barnowald über „Handwerk und Gemeindeausschuß.“

Sachsenhausen

25. November, 20.30 Uhr, in Schierloh's Sommergarten, Redner: Pg. Heider über „Nationalsozialismus und Gemeindeausschuß.“

Unsere Kandidaten in Huchting

Liste 3. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)

1. Johann Sagehorn, Maurer, Oberlandstraße 167.
2. Gustav Dünamann, Zuspelzer a. D., Huchtinger Heerstraße 22.
3. Hermann Meybohm, Landwirt, Broothuchtinger Landstraße 64.
4. Otto Carstens, Proturist, Kirchhuchtinger Heerstraße 19.
5. Heinrich Meybohm, Landwirt, Dorfstraße 4.
6. Wilhelm Behring, Bote, Alie Heerstraße 61.
7. Hermann Bod, Ingenieur, Huchtinger Heerstraße 59.
8. Otto Hennings, Mollereibefehliger, Am See 38/40.
9. Heinrich Wippermann, Kaufmann, Dorfstraße 3.
10. Johann Wolkmann, Landwirt, Broothuchtinger Landstraße 76.
11. Hermann Holken, Ingenieur, Kirchhuchtinger Heerstraße 145.
12. Engelbert Erhards, Bahnbeamter a. D., Osterampweg 21.
13. Hans Böse, Angestellter, Kirchhuchtinger Heerstraße 129.
14. Kurt Schmidt, Beamter, Am See 22.
15. Fritz Kellenberg, Beamter, Am See 24.

Mitteilung des bremischen Wahlamts

Für die Gemeindeausschuwahlen im bremischen Landgebiet am nächsten Sonntag kommen folgende Wahllokale in Betracht:

- Gemeinde Arken, Wahllokal: Schule in Arken.
Gemeinde Borgfeld, Wahllokal: Schule in Borgfeld.
Gemeinde Bären, Wahllokal: Schule in Mittelsbüren.
Gemeinde Grambkeemoor, Wahllokal: Gasthaus Ernst Böse, Grambkeemoor Landstraße 33.
Gemeinde Habenhausen, Wahllokal: Gemeindegarten, Habenhausen 33.
Gemeinde Huchting, Wahllokal: Schule Kirchhuchting.
Gemeinde Lantenau, Wahllokal: H. Klinge, Lantenauer Deich 81.
Gemeinde Leherheide, Wahllokal: Gasthaus Eichenhof, früher S. Jürgens, Leherheide 81.
Gemeinde Oberneuland, Wahllokal: Landhotel Oberneuland.
Gemeinde Osterholz, Wahllokal: Schule Osterholz.
Gemeinde Seehausen, Wahllokal: Schule Seehausen.
Gemeinde Strom, Wahllokal: Schule Strom.

Etwas zur marxistischen Wahlpropaganda

Zu einem von der SPD in Huchting verbreiteten Flugblatt möchten wir folgendes bemerken: 1. Der Straßen- und Begebau in Huchting ist nicht vor der SPD, sondern bekanntlich vom Bürgerverein gefördert worden. Im Gegenteil wurde z. B. ein Antrag des Bürgervereins Huchting aus der neueren Zeit beim Landherrnamt auf Verbesserung der Obervielfahrtsstraße, die sich bekanntlich in einem trostlosen Zustande befindet, dadurch zunächst gemacht, daß der sozialdemokratische Gemeindebevollmächtigter dem Landherrn meldete, die Straße sei in guter Verfassung.

2. Die SPD. kann in Huchting nicht für sich in Anspruch nehmen, für gutes Trinkwasser gesorgt zu haben. Die nach dem See geleigte Wasserversorgung ist bekanntlich durch private Initiative entstanden.

3. Zu der „planmäßigen Arbeitsbeschaffung“ hat die SPD. bereits mehrere Jahre Zeit gehabt! Wir haben noch nichts davon gemerkt. Es sind mehrere Fälle bekannt, wo bei Vergabe von Arbeiten durch die Gemeinde auswärtige Firmen mit der Ausführung der Arbeit beauftragt wurden, während anständige Bewerber aus unbescheidenen Gründen nicht berücksichtigt worden sind, obgleich dadurch vielfach die Fürsorge hätte entlastet werden können.

4. Im übrigen enthält das Flugblatt nur allgemeine Redensarten, auf die einzugehen, wir nicht für nötig halten.

Zu den Auslassungen des Bremer Marxistenblattes vom Montag, 21. November, über die Zusammenstellung unserer Liste haben wir folgendes zu bemerken:

Die Gruppierung unseres Wahlvorschlages wird jedem Einsichtigen verständlich sein. Wir legen Wert darauf, Scanner der Huchtinger Verhältnisse in den Gemeindeausschuß zu schicken, die uns die Gewähr geben, dem Gemeindewohl am besten zu dienen (keine „Parteiorgane“).

Unser Parteigenosse Ziele kommt hier schon deshalb nicht in Frage, weil er sowieso mit Arbeit überlastet und meistens außerhalb Huchting tätig ist.

Im übrigen mag der Ton, in dem der Artikel der Bremer Volkszeitung abgefaßt ist, für den Geist seines Urhebers zeugen, wir verzichten darauf einzugehen.

Deutsche Facharbeiter im Ausland.

Durch die amtlich anerkannte Auskunftsstelle für Auswanderer erhalten wir von der Reichsstelle für das Auswanderungswesen nachstehende Notiz mit der Bitte um Veröffentlichung:

Es ist in letzter Zeit verschiedentlich vorgekommen, daß deutsche Facharbeiter seitens ausländischer Firmen zu Bedingungen engagiert worden sind, die für im Ausland lebende Angestellte als absolut unzureichend bezeichnet werden müssen. Derartige Verträge haben dazu geführt, daß die dadurch Betroffenen nach kurzem Aufenthalt im Lande mit ihren Brotgebern in Differenzen geraten sind, die teilweise zur fristlosen Entlassung der betreffenden Leute geführt haben. Die Betroffenen pflegen sich in solchen Fällen zwecks Heimkehrung an die Deutsche Gesandtschaft zu wenden. Um in Zukunft derartige Vorfälle zu vermeiden, wird empfohlen, vorerst die amtlich anerkannte Auskunftsstelle für Auswanderer und Auslandsreisende (ehem. Zweigstelle des Reichsausschusses für Auswanderer, Martinistraße 14, in Anspruch zu nehmen, die außerdem jede Auslandsfrage mündlich oder schriftlich beantwortet.

Bremer Adreßbuch 1933 erscheint Mitte Januar.

Voraussichtlich Mitte Januar n. J. wird in der bisherigen Form und Ausstattung das Bremer Adreßbuch 1933 erscheinen. Das „Verzeichnis der Behörden“ wird für 1933 schon der Hauptausgabe des Werkes beigefügt.

Absage an Schünemann

Bremen, den 29. 7. 1932.

Abdrück

An die Bremer Nachrichten, Bremen
Ich bitte Sie mir ab 31. ds. Mts. die Bremer Nachrichten nicht mehr zustellen zu wollen. Die Veranlassung zu diesem Schritt ist, daß Sie in letzter Zeit in gehässiger und unfaier Art die NSDAP., unter dem Mantel völliger Neutralität gegenüber den Parteien, angreifen.

Ich lege Wert darauf, entweder ein Parteiblatt oder eine neutrale Zeitung zu lesen, aber nicht eine Zeitung, die ihre politische Einstellung je nach Konjunktur ändert.

Hochachtungsvoll
D. B.

Aus Bremen Stadt und Staat

De Nablingshuser spält:

„Pott will heiraten“ Schwank von Paul Schuret

Herr Pott will heiraten — mit Hemmungen. Wie die Heiratsvermittlerin nach langen Bemühungen endlich glaubt, für Pott die Richtige gefunden zu haben, fühlt sie sich plötzlich zu vernünftig sein. „Pott's Freund erst gelangt es schließlich, teils aus Schadenfreude — er hat selbst die ehe-lichen Freuden genossen — teils aus gutem Willen, ihn zur Braut zu bringen. Trotz aller Hemmnisse und schüchternen Jungge-lassenhaftigkeit kommt es endlich doch zum ersten Kuss.“

Das ist der ganze Inhalt dieses Schwanks. Daß dieser Abend trotzdem einen starken Eindruck hinterließ, ist nicht das Verdienst des Stückes, sondern der ausgezeichnet dar-gestellten Rôle im Spiel. Da ist Jan Pott, Amtsmann, Junggesell, ein wat für een! Freij Cronan gab sich erfolgreiche Mühe, diesem „Duffel“ die notwendige Würde und Schüchternheit anzuhängen. Freij Plas' Spiel als Hein Dutt, Pott'sen Freund, lei-der nicht mehr lebendig, ein verlagenes, wissendes Gegenstück und Vermittler i. V., war recht lebhaft, aber manchmal ein wenig zu flach und unwahrscheinlich aufgetragen.

Wann läuft der Potsdamerfilm?

Knoipe, Kalfaktor, Hermann Wante, sorgt für Pott's Ordnung. Er ist eine tolle Lappe, ein ganz unglaublich echter Drauf- bühler, eine Nummer, ein Unikum. Kurz — uns rollten die Ladstränke! Pro Panoffi, Heiratsvermittlerin (Bela Stettin) ist ein ebenfalls erfolgreiches Exemplar für sich. Sie verstand es, aus dieser unheim-lichen Rôle die heftigste lustvolle Spiel eine Quasifigur von Format zu machen. Hulda Mainglanz, ein gode Partie, ver-fügt über eine erstaunlich gute Aussprache-technik und lebhaft gewandtes Ausdrucks-vernögen. Karl Kust vermochte dem „immer noch fixen“ Kalfaktor fröhliches Leben zu geben. Seine fächerigen Auftritte, das ein wenig großsprecherische Aufschneiden des „Kalfaktors“, der im Grunde genommen doch der anständigste und brauchbarste Kerl von allen ist, bewies, daß diese Rôle bei Kust in besten Händen war. Knoop, ein Kram-er im Dichter (Willy Marlow), Mähret, ein berechnender Badermeister (Willy Meyer), Reite, Hulda's Tante (Erika Haas), waren charakteristisch gut aufgefaßt und fügten sich dem Spiel darstellerisch ebenfalls ein.

Das große Publikum spendete den Spielen anhaltend starken Beifall. Allenfalls bewies diese Aufführung erneut die großen Fähigkeiten der Nablingshuser. Es bleibt zu hoffen, daß im Januar der hervorragenden Leistungen der Spieler ein gleich wertvolles Stück (es braucht durch-aus auch nicht erster Natur zu sein) entge-gegestellt wird.

Konzert in der Stephanikirche

Alle Stände Italiänischer Kirchenmusik mit ihrem höchsten Formelreichtum verliert gegen-über der Herben und einfachen Einfühlung des Deutschen Requiem von Brahms, das trotzdem der Fülle des Emp-findens Ausdruck gibt, die das ganze mensch-liche Leben umschließt. Die große Aufgabe, die Herrlichkeit dieser musikalischen Schöpfung zu erschließen, stellten sich der Wilhelm-Ad-rianchor und der Victor'sche Chor, zu denen das Bremer Symphonie-Or-chester trat. Das Werk erblühte unter der Direktion Otto Vectors, so so hinreißender Schönheit, daß einzelne kleine Mängel, z. B. die Dürftigkeit der Tenorstimmen gegenüber den anderen, nicht ins Gehör fielen. Räte Kade's Feines französischer Sopran tri-umphtierte in dem Solopart, Paul Gäm-mer konnte sein weiches Organ in seiner Solo-arie gleichfalls zu schöner Geltung bringen.

Abend der „Fahrenden Gesellen“.

Die mit bereits im Wochenplan des DVB mitteilten, findet am Sonnabend, den 26. November, ein Abend der „Fahrenden Gesellen“ im DVB, unter dem Beizeichen-ten „Späten und Schweiß“, im Haus der Kaufmannsgehilfen (DVB), am Wall 179-80, um 20.15 Uhr statt. Eintritt für Erwachsene 25 Pfg., für Jugendliche 25 Pfg.

Totengedenkfeier der NSDAP. verboten

Die Polizeidirektion in Bremen hat auf Grund der Rotverordnungen die von der NSDAP. am 20. November geplante Totengedenkfeier, zu Ehren

der Toten des Weltkriegs und der für Deutsch-lands Zukunft gekämpften Kämpfer der national- sozialistischen Bewegung verboten.

Aus den Gerichtssälen Schnaps aus Brennsprit

Bekannt ist, daß Methylnalkohol sehr schwere Vergiftungen hervorruft. Diese Tatsache, die jeder weiß, wollte ein Schnapsbrenner, ein Fachmann also, nicht wissen; er hatte vielmehr keine Lageräume in der wöchentlichen Vorstadt dazu benutzt, Brennsprit, der ja durch Methylnalkohol vergällt ist, durch Filtern in richtigen Trinkbranntwein zu verwandeln. Bei einer Hausdurchsuchung wurden fünf Kisten Brennsprit und drei Liter Holzgeist ge-funden. Die beiden Spiritusbrenner er-kannten auf die Anklagebank, wo sie sich nicht nur wegen Vergiftungs-gegen das Lebensmittelgesetz, son-dern auch wegen Vergiftungs-gegen das Branntweinmonopolgesetz ver-anthworten mußten. Für das erste Ver-gehen erhielt der eine einen Monat und der andere 14 Tage Gefängnis; be-iden des anderen Deliktes mußten beide den vierfachen Betrag des entgan-ge-

men Bolls, das sind für jeden 246,40 Mark, und zusammen 56 Mark Wertesatz für den bei eiti abgefechten „Trunkbranntwein“ ent-rüchten. Das vorgefundene Material wurde be-schlagnahmt.

Ueberweisung ins Arbeitshaus

Karoline, Ottilie und Therese saßen wegen Uebertretung laut § 361, Abs. 6a des Straf-gebuches auf der Anklagebank. Sie hatten Einbruch gegen die ihnen von der Polizei zu-stellte Haftstrafe von je 10 Tagen ein-gelegt, obwohl der erforderliche Tatbestand voll-kommen klar war.

Der Richter erkannte zu der von der Polizei erkannten Haftstrafe noch auf Ueberwei-sung ins Arbeitshaus, um die Frauen wieder an eine „regelmäßige Tätigkeit“ zu gewöhnen.

Gedächtnisfeier anlässlich des 25. Todestages Paula Wedder-Moderjohns.

Die im goldenen Saale der Wöhrdstraße stattfindende Gedächtnisfeier für die große Bremer Künstlerin Paula Wedder-Moderjohns wurde mit dem Schützlichen Klavier, von den Herren Konzertmeistern Wenzinger, Kemmer und Herrn Hiel einmündig zu Gehör ge-bracht, eröffnet. Herr Dr. h. c. F. W. F. Lins begrüßte dann aus herzlichsten An-weisen den Gatten Fritz Wedderjohns und die einzige Tochter. Nach kurzer interessanter Ausföhrung über die Persönlichkeit ständiger und beständiger Malerei und einem Ueberblick über die letzten 150 Jahre deutscher Kunst kam der Redner auf die Entwicklung der Monu-mentalerei zu sprechen, deren wichtigste und über-zeugendste Repräsentanten Paula Wedderjohns war. Sodann nahm der Redner Prof. Dr. D. Dier-mann das Wort. Er zitierte einige Stellen aus den bekannten Briefen und Tagebuchblät-tern und vermittelte ein schönes, geschlossenes Bild des kurzen, aber reich ausgefüllten Lebens der Künstlerin. Das Konzerttrio gab der Morgenfeier einen vornehmen Ausklang. An-schließend war den Teilnehmern Gelegenheit ge-geben, die Ausstellung im Paula Wedder-Moder-john-Hause zu besichtigen. W. G.

Ernennung zu Mitgliedern der Reichs- disziplinar-Kammer

Laut Bekanntgabe im „Reichsanzeiger“ sind durch den Reichspräsidenten zu richterlichen Mitgliedern in den Reichsdisziplinar-Kammern ernannt worden: Zum Präsidenten der Reichs-disziplinar-Kammer in Bremen Langenbrückens-Platz Dr. Meyer in Bremen, zum Mitglied der Reichsdisziplinar-Kammer in Bremen Land-gerichtsdirektor Dr. Gräffmann in Bremen.

Jetzt auch „Streifenblitz“ in Bremen

Der Bremer Wagh- und Schießgesellschaft hat, beantragt durch den Erfolg und die Beliebtheit in anderen Städten Deutschlands, z. B. in Magde-burg, nunmehr auch in Bremen einen Streifen-blitz eingerichtet, durch den im Momenten Ueber-wachungen von Geschäften und Wohnungen bei Tage und bei Nacht übernommen werden. Ferner kann eine Verwahrung von Geldtransporten und nächtlichen Heimwegen und sonstigen Gängen in entlegene Wohngegenden angefordert werden.

Einbruch in einen Juwelierladen

Am Donnerstag, gegen 17.30 Uhr wurde ein Einbruch in den Juwelierladen 383 blich in der Papenstraße verübt. Der Dieb schleuberte einen in ein Tuch gewickelten Stein in die Schau-fenstertheibe, griff sacherfahren nach fünf der hoch-wertigsten Ringe und schloßte, zwei S. A. Männer nahmen sofort die Verfolgung auf. Es gelang ihnen, den Täter in der Nähe der Großen Hundestraße zu stellen und schließlich nach geraumer Zeit der Polizei zu übergeben.

Gefährliche Giftbierkäse.

Aus dem Giftschrank eines Geschäftes an der Osterstraße haben Einbrecher in den

Stadttheater. Als Aufrast zum Wagner-Fest bringt das Bremer Stadttheater am kommenden Mittwoch in völlig neuer Einföhrung und In-szenierung den „Rienzi“ heraus. Die musika-lische Leitung hat Intendant Dr. Weder, die musika-lische Leitung Karl Dammert. In den Haupt-rollen die Herren Marton, Thement, Schweinsberg, Osterlag, Kasper und die Damen Penje, Reich und Helb. Die Chöre sind verstärkt, unter anderem durch 100 Mitglieder des Bremer Volks-Chores, in den Partienrollen werden Herren des MVB von 1875 mit. Der Vorverkauf für diesen großen künst-lerisch hochbedeutenden Opernabend findet ab morgen Sonnabend statt. (Siehe besondere An-zeige.)

Die endlose Straße. Für die am Sonntag nach-mittag 15 Uhr stattfindenden Aufföhrung wird noch eine Anzahl Schülerkarten abgegeben.

Die Ständesämter melden

Standesamt Bremen 1 (Ziefer)

Geföhrlichkeiten

14. November. Kapellmeister am Stadtthea-ter Henri Hiel und Gerthe Hansen, am Dob-ber 32 G.

15. November. Handlungsgehilfe Hellmuth Klugs und Marie Wöhr, Randsuterstr. 42.

— Sperrassistenten Oskar Steding und Martha Dehms, Randsuterstr. 42. — Wob-beroffizier Otto Winters und Margarethe Reiste, am Wall 60.

16. November. Handlungsgehilfe Theodor Caspewohn und Wöhrst Harjes, Randsuterstr. 141. — Räder Heinrich Hölting und Gertraud Hart-mann, Stedingstr. 43.

18. November. Arbeiter Walter Schulenburg und August Hartmann, Randsuterstr. 60. — Schlachter Konrad Schäfer und Luise Kott-mann, Randsuterstr. 35. — Matrose Heinrich Helme und Anna Behrmann, Weigenkamp-strasse 73.

19. November. Betonpolier Friedrich Wöhr-ler und Anna Supe, Dransingerstr. 30. — Ge-neral Johann Reinecke und Betty Richter, Wöhr-ferstr. 120. — Kraftwagenführer Johann Heis und Sophie Kellermann, gr. Sortillierstr. 31 L.

— Maurer Karl Schabader und Käthe Bornemann, Wöhrmerstrasse 23. — Handlungs-gehilfe Alfred Roppenheger und Anna Harting, Wöhrmerstr. 35. — Wöhrschaffner Wilhelm Ben-fenke und Anna Wöhr, Altestr. 18.

— Zigarrenhändler Heinrich von Wöhr und Marie Bertra, Wöhrstr. 51. — Wöhrschaffner Franz Gey und Emma Wöhr, Randsuterstr. 26. — Kauf- und Wöhrschaffner Johann Wöhr und Wöhrschaffner Wöhrschaffner, Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

— Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35. — Randsuterstr. 35.

Aus der Bewegung

Heute

spricht der Standartenführer Paul Wegener über die politische Lage und die

„Aufgaben und Pflichten der Nationalsozialisten“

in der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Bremen-Doventor im großen Saale des Gewerbe-hauses, Angarierstraße, 20.30 Uhr. Die unge-heure Tragweite der politischen Entscheidung, die

heute gefallen ist, macht es allen Angehörigen der Ortsgruppe zur Pflicht, vollständig zu erscheinen. Keiner darf fehlen. Am Eingang Saalkontrolle. Kartenausweis mitbringen.

Der Ortsgruppenleiter.

Rassentrennung der Ortsgruppe Neustadt

Am Freitag, 25. Nov. findet der zweite Abend des Rassentrennung unter Dr. v. Hoff in den Pappeln 20.30 Uhr statt.

Ortsgruppe Neustadt



25 Jahre Coffeinfrei-Erfahrung-d.h. Spitzenleistung in Güte und Geschmack.-Daher Kaffee Hag und keinen andern

ODEON

Handel und Volkswirtschaft

Tägliche Beilage der BNZ

Aus der nordatlantischen Schifffahrtskonferenz

Die nordatlantische Schifffahrtskonferenz, die am heutigen Donnerstag in London stattfindet, wird sich wie der „Daily Express“ meldet, in erster Linie mit folgenden Fragen zu befassen haben:

1. Mit den schweren Verlusten an Fahrgeldeinnahmen infolge der Preiserhöhung im April.

2. mit der durch die Zurückziehung der Canadian-Pacific-Linie und der French-Linie von der Konferenz geschaffenen Krise.

Wenn diese beiden Gesellschaften auf ihren Austritt bestünden, so würden wahrscheinlich bis zum nächsten Frühjahr keine Änderungen der gegenwärtigen Preissätze vorgenommen werden.

Reichsliste für die Trampschifffahrt abgeschlossen

Amlich wird mitgeteilt, die im Mai dieses Jahres von der Reichsregierung durch Uebernahme von Garantien für Bankkredite eingeleitete Unterstützung für die Trampschifffahrt und die kleineren Linienreedereien ist durchgeführt und zum Abschluß gelangt. Von den eingegangenen Anmeldungen haben mehr als die Hälfte Berücksichtigung gefunden. Eine Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Aktion ist nicht beabsichtigt.

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen

Frankreich gegen die deutschen Devisenbeschränkungen

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, die am Montag in Berlin beginnen, nehmen in der Pariser Presse breiten Raum ein. Fast alle größeren Blätter widmen diesen Verhandlungen längere Artikel, in denen die Notwendigkeit unterstrichen wird, daß Frankreich die Tariffreiheit wiedergewinnt. Der ehemalige Vorsitzende der französischen Abordnung des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses und ehemalige Unterstaatssekretär Gignoux veröffentlicht im „Journal“ einen Artikel, in dem er vor überspannten Hoffnungen warnt. Die französische Abordnung habe die Aufgabe, zu einem für Frankreich erträglichen Abkommen für die Devisenbeschränkungen zu gelangen, die es den deutschen Einfuhrhändlern augenblicklich unmöglich machen, die eingeführten Waren zu bezahlen.

Umsatzsteuervergütung bei der Ausfuhr

Der Zwölfer-Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für die Umsatzsteuer hat am 24. November 1932 einen von Reichsfinanzministerium vorgelegten Verordnungsentwurf über Umsatzsteuervergütung beraten. Der Ausschuß begünstigt, daß entsprechend seinen wiederholten Anregungen des Reichsfinanzministerium mit der Verordnung die Benachteiligung, die der deutschen Ware auf dem Weltmarkt durch die Umsatzsteuerbelastung erwächst, bis zu einem gewissen Grade dadurch beseitigt, daß ein Teil der für die ausgeführte Ware entrichtete Umsatzsteuer bei der Ausfuhr vergütet wird. Der Ausschuß hat sich den leitenden Gesichtspunkten, die vom Reichsfinanzministerium bei der

Gestaltung der Verordnung zu Grunde gelegt worden sind, angeschlossen, wonach für alle Waren allgemein ein Vergütungssatz von 1/2 v. H. mit Ausnahme gewisser Roh- und Hilfsstoffe gewährt wird. Die Verordnung tritt am 1. Dezember 1932 mit der Maßgabe in Kraft, daß die Vergütung gewährt wird, wenn die Lieferung in das Ausland nach dem 30. November 1932 erfolgt.

Die preußischen Sparkassen im Oktober

Nach der monatlichen Einlagenstatistik waren die Einzahlungen der preußischen Sparkassen zum ersten Male seit der Krise größer als die Auszahlungen, so daß sich ein Einzahlungsüberschuß von 8,6 Millionen RM. gegenüber einem Auszahlungsüberschuß von 6,0 Millionen RM. im Vormonat ergab. Hervorgerufen ist dieser Ueberschuß durch eine saisonmäßige Steigerung der Einzahlungen (265,3 gegen 239,8 Millionen RM.), während sich die Rückzahlungen (256,7 gegen 245,8 Millionen RM.), wie nach den jahreszeitlichen Schwankungen zu erwarten war, erhöhten. Da im Berichtsmontat noch für 0,1 Millionen RM. Zinsgutschriften und 8,7 Millionen RM. Aufwertungsgutschriften erfolgten, erhöhte sich die Sparanlage der preußischen Sparkassen insgesamt um 17,4 Millionen auf 586,6 Millionen RM.

Eine Verordnung über Zwecksparkassen

In letzter Zeit haben zwischen den zuständigen Ressorts Besprechungen in der Frage einer gesetzlichen Regelung bestimmter Gattungen von Spareinrichtungen stattgefunden. Es ist anzunehmen, daß als Ergebnis dieser Besprechungen diese Frage auf dem Verordnungswege geregelt wird. Die Verordnung soll vor allem den Zweck haben, die bedenklichen Erscheinungen, die im Zwecksparen seit geraumer Zeit sichtbar geworden sind, zu beseitigen. Die behördliche Reglementierung und Beaufsichtigung der Bausparkassen nach dem Gesetz vom 6. Juni 1931 hatte zur Folge, daß zahlreiche Bausparkassen, um der Kontrolle zu entgehen, sich auf das Zwecksparen verlegten. Vermutlich wird die Verordnung auch Bestimmungen über die Zwecksparkassen enthalten, die an sich natürlich mit den Zwecksparkassen nicht verwandt sind.

Hamburger Zentralverband

Von 545 Konsumgenossenschaften des Hamburger Zentralverbandes, die für das dritte Quartal 1932 eine weitere Verminderung ihres Mitgliederbestandes auf 2781 000 gegen 2784 000 im Vorquartal aufwiesen, ist der Umsatz in der gleichen Zeit auf 186 gegen 195 Mill. RM. und damit unter den Stand von 1926 gesunken. Gegenüber dem Vorjahre ging er um 25 Prozent zurück. Der Durchschnittssatz je Mitglied belief sich auf 66,93 gegen 69,97. Die eigenen Betriebsmittel belaufen sich jetzt auf 133,18 Mill. RM., wobei die Rücklagen im letzten Vierteljahr um 2 auf 64,32 Mill. RM. zurückgingen. Im Konsumgenossenschaftlichen Spareinlagenbestand ist eine Mehraufzahlung von 20,99 Mill. RM. festzustellen, so daß jetzt noch Gesamteinlagen von 255,43 Mill. RM. vorhanden sind.

Amerikanische Baumwolle

Donnerstag, 24. November

Bremen

Loko: 7.16 cents (vorige Notierung 7.29 cents)

Termine:	Dez.	Jan.	März	Mai	Juli	Okt.
Voriger Schluß	6.99/90	7.07/02	7.19/15	7.29/26	7.39/36	7.51/47
Eröffnung	6.84/74	6.92/80	7.05/04	7.16/15	7.28/25	7.44/38
13 Uhr	6.84/80	6.93/88	7.06/02	7.14/12	7.25/23	7.39/35
16.20 Uhr	6.84/80	6.92/88	7.05/01	7.14/12	7.25/22	7.39/35
Heutiger Schluß	6.82/77	6.89/88	7.03/00	7.14/11	7.25/21	7.39/35
Abrechnungssatz 13 Uhr	6.82	6.90	7.04	7.13	7.24	7.36

Börse in New York geschlossen

Liverpool

Loko: 5.41 pence (vorige Notierung 5.50 pence)

Termine:	Dez.	Jan.	März	Mai	Juli	Okt.
Voriger Schluß	5.20	5.19	5.21	5.23	5.24	5.26
Heutiger Schluß	5.12	5.12	5.14	5.16	5.18	5.20

Bremer Privatbericht

Vormittag: Der Markt eröffnete heute, beeinflusst durch die allgemein schwächeren Kabelmeldungen von den amerikanischen Börsen infolge der ungünstigen Entwicklung der Kriegsschuldenfrage leicht abgeschwächt 9 bis 16 Punkte niedriger. Bei guter Nachfrage zogen die Kurse anfänglich an, um im Laufe des Vormittags bei zunehmenden Liquidierungen größtenteils erneut abzugeben. Der Markt schloß

um 13 Uhr abgeschwächt 2 Punkte über bis 3 Punkte unter den Eröffnungsnoteierungen. Nachmittags: Der heutige Nachmittagsverkehr eröffnete ohne jegliche neue Anregung ruhig unverändert bis 1 Punkt niedriger. Die Nachfrage blieb auch im Verlauf ziemlich eingeschränkt, so daß die Kurse bei genügend Angebot für die meisten Positionen langsam weiter abbröckelten. Der Markt schloß stetig unverändert bis 3 Punkte unter den Nachmittagsnotierungen.

Reichsbau Darlehen für Eigenheime

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, sind die für die Bewilligung von Reichsbau Darlehen für Eigenheime notwendigen preussischen Ausführungsbestimmungen jetzt erlassen. Darnach sind die entsprechenden Anträge an die für den Ort des Bauvorhabens zuständigen Landräte oder Gemeindevorstände (Bürgermeister und Oberbürgermeister) zu richten. Die Bewilligung der Darlehen selbst erfolgt durch den zuständigen Regierungspräsidenten, in Berlin durch den Oberpräsidenten in Charlottenburg und für den Ruhrkohlenbezirk durch den Verbandspräsidenten in Essen.

Neue Frankfurter

Schatzanweisungsgläubigerversammlung

Laut DHD ist im Einvernehmen mit dem Vertreter der Frankfurter Schatzanweisungsgläubiger, Bail, die nächste Versammlung für den 19. Dezember vorgesehen.

Ein wichtiges Urteil über Schwarzarbeit

Das Arbeitsgericht in Stettin hat im Januar 1932 die fristlose Entlassung eines Friseurgehilfen als berechtigt anerkannt, die erfolgt war, weil der Betreffende Schwarzarbeit verrichtet hatte. In dem Urteil ist ausgeführt, daß die Schwarzarbeit nach der im Friseurgewerbe herrschenden Ansicht streng verboten sei und daß daher die fristlose Entlassung eines Gehilfen der schwarz arbeite, auch dann gerechtfertigt sei, wenn dieser Gehilfe keiner Organisation angehöre und kein besonderer, die Schwarzarbeit verbietender Tarifvertrag auf sein Arbeitsverhältnis Anwendung finde.

Gesellschaftsberichte

Deutsche Werke Kiel A. G.

Das Unternehmen, das von der Reederei Wilhelmens in Oslo, an die bereits 7 Motorfrachtschiffe geliefert wurden, einen Auftrag zum Bau eines weiteren Motorfrachtschiffes von etwa 10 000 Tonnen Tragfähigkeit erhalten. Das Schiff wird eine Motoranlage eigener Konstruktion der Bauwerft erhalten. Es handelt sich um ein Millionenobjekt.

Breitenberger Portland-Zementfabrik A. G.

Hamburg, 23. Nov. Die Gesellschaft wird am Donnerstag wegen Absatzstockung und Lagerüberfüllung ihren Betrieb in Lagerdorf stilllegen. Der größte Teil der Belegschaft wird entlassen.

Mannesmann Röhrenwerke A.-G. Düsseldorf

In einer Aufsichtsratsitzung berichtete der Vorstand, daß eine Belebung des Eisengeschäftes im laufenden Geschäftsjahre bis jetzt nicht eingetreten sei, dagegen sei in den letzten Monaten bei der Gesellschaft eine Besserung des Kohlenabsatzes zu verzeichnen. Die Verwaltung glaubt aber an eine baldige Ueberwindung des jetzigen Tiefstandes, da in den letzten Monaten häufiger Anfragen eintrafen, wobei sich auch um größere Projekte handelte, und nimmt an, daß in der nächsten Zeit doch ein oder das andere größere Projekt zur Ausführung gelangt und damit dem Eisenmarkt weitere Anregung gegeben wird.

A.-G. Buderussche Eisenwerke

In der außerordentlichen G.-V., die den 30-jährigen Interessengemeinschaftsvertrag mit dem Herten-Nassauischen Hüttenverein genehmigte, wurden u. a. folgende Vertrags Einzelheiten mitgeteilt. Das Größenverhältnis des Hüttenvereins gegenüber Buderus entspricht in der Eisenstahlgewinnung 28 Prozent, Roheisengewinnung 25 Prozent und im Gußwarenumsatz 29 Prozent von Buderus. Der Umsatz entspricht in normalen Zeiten etwa 30 Prozent desjenigen Buderus. Die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt auf Grund eines Schlüssels, nachdem für Buderus 8/11, für den Hüttenverein 3/11 errechnet werden. Der Umtausch der 4,4 Millionen-Anteile des Hüttenvereins gegen Buderus-Aktien erfolgt im Verhältnis 1:1. Mit der Burger-Eisenwerke-G. m. b. H. wurde gleichzeitig ein langjähriger Freundschaftsvertrag abgeschlossen.

„Seefahrt“ Dampfschiff-Reederei A. G., Bremen

Die Liquidationsöffnungsbilanz per 29. Juli 1932, die in der außerordentlichen Generalversammlung zur Vorlage kam, weist für die Zeit vom 1. Januar 1932 bis 29. Juli 1932 einen erneuten Verlust von RM. 25 777 auf, wodurch sich der Verlust aus 1931 von RM. 238 522 auf RM. 264 294 bei RM. 300 000 Aktienkapital stellt. Es konnten nur RM. 50 300 für Abschreibungen auf die Schiffe berücksichtigt werden, nachdem 1931 Gesamtabschreibungen in Höhe von rund 590 000 vorgenommen worden waren. In der Liquidationsöffnungsbilanz erschienen Seedampfer mit RM. 2,13 (2,18) Mill. RM., Schuldner mit 0,35 (0,34) Mill. RM. Gläubiger 2,45 (2,47) Mill. RM.

Amtliche Devisen-Kurse

vom 24. November

Ohne Gewähr

	Geld	Brief
Buenos-Aires	0,888	0,892
Canada	3,626	3,634
Istanbul	2,008	2,012
Japan	0,849	0,851
Kairo	14,03	14,07
London	13,65	13,69
New-York	4,209	4,217
Rio de Janeiro	0,234	0,236
Uruguay	1,698	1,702
Amsterdam	169,43	169,57
Athen	2,498	2,502
Brüssel	58,29	58,41
Bukarest	2,517	2,523
Budapest	—	—
Danzig	81,82	81,98
Helsingfors	5,994	6,006
Italien	21,54	21,58
Jugoslawien	5,634	5,646
Kaunas (Kowno)	41,88	41,96
Kopenhagen	71,03	71,17
Lissabon/Oporto	12,76	12,78
Oslo	69,73	69,87
Paris	16,475	16,505
Prag	12,465	12,485
Reykjavik	61,69	61,81
Riga	79,72	79,88
Schweiz	80,92	81,08
Sofia	3,057	3,063
Spanien	34,38	34,44
Stockholm	73,03	73,17
Italien/Reval	110,59	110,81
Wien	51,95	52,05

Londoner Goldpreis.

Berlin. Der Londoner Goldpreis betrug am 24. Novemb. in deutsche Währung umgerechnet für eine Unze Feingold 86,6906 RM., für ein Gramm 2,78716 RM.

Berliner Produktenbericht

Die gesamte Unternehmungslust im Berliner Getreidehandel liegt darnieder. Lediglich die amtliche Stützungsstelle setzte ihre Maßnahmen unverändert fort, doch gelang es ihr angesichts größerer Angebote aus den mitteldeutschen Provinzen nicht, die letzten amtlichen Kurse zu halten. Die Preise, die durchweg schwächer waren, gingen beim Dezemberweizen um eine halbe Mark, für spätere Sichten um rund 1 1/2 Mark zurück. Roggen bröckelte im Durchschnitt für handelsrechtliche Lieferungen um 50 Pfg. ab. Im Vergleich zum Wagonroggen, der von der deutschen Getreidehandels-gesellschaft ausnahmslos aufgenommen wird, war an den Terminmärkten eine gewisse Zurückhaltung der amtlichen Stelle zu beobachten. In Weizen- und Roggenmehl wurde zu unveränderten Preisen angeboten. Die Müller blieben weiter geneigt, auf Gebote leichte Preiskonkessionen zu machen. Der schlechte Geschäftsgang und die Unmöglichkeit, einen wirklichen Nutzen für sich herauszurechnen hat im Verlauf bei verschiedenen Mühlen den Plan aufkommen lassen, ihre Müllereien teilweise stillzulegen. Futtergetreide ohne Anregung. Gerste, die ausreichend zur Hand war, notierte etwa unverändert. Auch die Forderungen für Hafer blieben stetig. Der Konsum, der am Vortag wieder einige Muster verlangte, verhielt sich immer noch den unannehmlichen Preisen gegenüber zurückhaltend.

Der Vollstreckungsschutz zugunsten des Handwerks

Eine grundsätzlich wichtige Entscheidung über den Vollstreckungsschutz des Handwerks in bezug auf technisch vervollkommnetes Hilfsmittel der Handwerker hat kürzlich das Landgericht in Frankfurt a. M. gefällt. In bezug auf einen Schuhmacherhandwerksbetrieb hat das Gericht ausgeführt, daß auf Grund des § 811 Ziffer 5 der Zivilprozeßordnung auch solche technische Hilfsmittel des Handwerkers unpfindbar seien, deren der Handwerker im Konkurrenzkampf bedarf, um sich vor wirtschaftlicher Vernichtung zu schützen.

Oldenburger Ferkel- und Schweinemarkt Oldenburg, 24. November. Auftrieb 827 Tiere, nämlich 797 Ferkel und 30 Laufscheine. 6-Wochenferkel: 4-6, 6-8-6-8, 8-10-8-10, Laufscheine 3-6 Monate alt: 12-17, 4 bis 6-17-23. Marktlauftag ruhig. Nächster Markt Donnerstag, 1. Dezember.

Das Bezugsgehalt für die BRZ, ist wie bei jeder Zeitung im voraus zu zahlen. Trotz wiederholter Borgeizung der Quittung für November sind noch viele Bezugsnehmer mit der Zahlung im Rückstand. Die Sammlungen bitten wir, die Zahlung sofort zu leisten.

B. N. Z.



Wehr und Waffen



Zur kommenden Umstellung der deutschen Wehrmacht

Im Jahre 1919 wurde vom Völkerverbund die allgemeine Abrüstung als eine seiner wichtigsten Aufgaben bezeichnet. Statt dessen erleben wir seit 13 Jahren bei kleinen und großen Staaten ein Wettrennen, gegen das die Zeit vor 1914 ein Kinderpiel ist.

Im Februar 1932 wurden der Abrüstungskonferenz genau durchgearbeitete Vorschläge vorgelegt von Deutschland und Italien, zugleich mit ziemlich radikalen Forderungen der Sowjetunion und sehr bedeutenden Anregungen des Präsidenten Hoover. Man hat diese Vorschläge einfach übergeben. Die bekannte Entschickung des Völkerverbundes vom 23. Juli 1932 heißt mit anderen Worten: Wir denken nicht daran abzurufen, Deutschland hat den Mund zu halten, es bleibt bei der Ausrüstung seiner Wehrmacht durch den Versailler Vertrag.

Deutschland hat seinen Gegnern jedoch diesen Gefallen zum Glück nicht getan, es hat zum ersten Male seit langen Jahren aus amtlichem Munde offen und deutlich geredet. Es hat erklärt, nicht mehr an weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, wodurch der ganze Völkerverbund mit seinen papierenen Beschüssen in eine recht schiefte Lage gerät. Darüber hinaus sieht sich Deutschland gezwungen, die nationale Sicherheit auf nationalem Wege herzustellen, da das infolge der moribunden Vertragspartner auf internationalem Wege nicht möglich ist.

Damit sind wohl sehr weitgehende Andeutungen in unserer Wehrverfassung gemeint, die weit bekanntlich 1919/1920 nicht freiwillig angenommen, sondern die uns aufgegeben wurden von unseren Feinden. In welcher Form sich dieser Neuaufbau vollziehen wird, darüber ist noch nichts Positives bekannt, wenn auch die Grundlinien sicher schon festliegen. Vor allem ist noch nichts bekannt über den großen Rahmen des Wehrsystems: Allgemeine Wehrpflicht, Berufswehr oder Militärs? Sicher ist wohl, daß von einem 600.000-Mann-Heer, wie es Frankreich besitzt, oder von dem Aufbau einer Flotte, um uns in die großen See-

mächte einzureihen, gar keine Rede sein kann. Das verbietet uns neben manchem andern Grunde unsere zu kurze finanzielle Decke. Dagegen kann man wohl als sicher annehmen, daß unser zukünftiges Heer kein „Rumpfsheer“ sein wird wie die jetzige Reichswehr, sondern daß es ausgestattet sein wird mit sämtlichen Waffen des neuzeitlichen Krieges, mit Flugzeugen, Tanks, schwerer Artillerie und Flugabwehrgeschützen, und auch unsere Marine wird über Alboote und Flugzeug-Muttergeschiffe verfügen. Es sind dies ja zum großen Teil Waffen, die in Genf als Verteidigungswaffen bezeichnet wurden — und Verteidigungswaffen sind uns doch ohnehin erlaubt. Das gleiche wird wohl gelten müssen von der Landesbesetzung, die in Deutschland durch Wegnahme oder Schließung unserer neuzeitlichen und künftigen Festungsanlagen auf ein ganz kümmerliches Niveau herabgesunken ist. Daß wir genügend schlagfertige Truppeneinheiten haben müssen, um an unseren langen Grenzen den Grenzschutz zu bilden, müßte sich von selbst verstehen.

Es ist im letzten Jahrzehnt wohl klar geworden, daß unsere jetzige Wehrmacht ganz unverhältnismäßig hohe Kosten erfordert. Nun ist der Wehrhaushalt so ziemlich der einzige Punkt, in dem Deutschland bisher ungebunden war. Seit 1928 sind jedoch die Kosten dieses Haushalts ständig im Sinken — die beste Widerlegung der Sage über deutsche Geheimrüstungen. Es fragt sich nur, ob man für die gleichen Kosten durch Änderung des Wehrsystems nicht mehr schaffen und erreichen könnte.

Ob genug ist darauf hingewiesen worden, daß die für alle Soldaten vorgeschriebene zwölfjährige Dienstzeit zu lang sei. Es ist schwer, die Berufsfindigkeit in dieser langen Zeit durch mögliche Umschulung aufrecht zu erhalten; nicht jeder tüchtige Mann kann Unteroffizier werden, viele müssen viele Jahre in Reih und Glied als Gemeine oder Gefreite verbringen. Die Ansprüche an Unterbringung und Vergleichen weisen, die Zahl der Verheirateten wächst, womit einem Heer nicht sonderlich gebietet ist. Die Ausbildung für einen späteren Zivilberuf ist unge-

mein kostspielig und nimmt sehr viel Zeit weg; sie macht einen sehr großen Apparat von Fachschülern aller Art nötig. Kurz und gut: Jeder Reichswehrsoldat kostet heute dem Staat außerordentlich viel Geld. Das liegt nicht an den Ansprüchen des einzelnen, sondern am Wehrsystem.

Aehnlich steht es mit der Bewaffnung, auch sie ist unverhältnismäßig teuer geworden. Unsere deutsche Rüstungsindustrie, die in der ganzen Welt Ruf und Namen hatte, ist zerstückt worden; nicht weniger als drei Milliarden Mark hat das nach amtlicher Ermittlung gekostet. Eine ungeheure Entwicklung hat eingeleitet: Nur wenige Fabriken haben das Monopol, Waffen und Geschosse, deren Zahl der Heimbund aufs genaueste festgelegt hat, zu erzeugen; sie haben also in gewissem Sinne ein Monopol und können Monopolpreise verlangen. Für einzelne Geschosse ist die uns jährlich gestattete Munitionszahl so gering, daß man von einer fabrikmäßigen Anfertigung kaum noch sprechen kann. Infolgedessen ist jedes Geschoss fast so teuer als wäre es handwerksmäßig hergestellt worden. Welche Erfahrungen konnten vor 1914 unsere Fabriken daraus sammeln, daß sie auch ausländische Armeen belieferten; Erfahrungen, die letzten Endes wieder unserer deutschen Rüstung zugute kamen! Heute ist uns jede Ausfuhr untersagt — die deutsche Konkurrenz ist vom Weltmarkt verschwunden. Statt dessen beliefert die französische Privatindustrie halb Europa mit ihren Geschützen und gründet sogar Flugzeugfabriken in anderen Ländern. Fügen wir, um das Bild abzurunden, noch hinzu, daß sowohl Frankreich wie seine Verbündeten seit Jahren steigende Aufwendungen für Heer und Flotte machen. Ja, Frankreichs Heerhaushalt ist nach seiner eigenen, dem Völkerverbund gemachten Angaben in sechs Jahren seit 1925 um über 100 Prozent gestiegen!

Alles in allem, kein vernünftiger Mensch kann es Deutschland verdenken, wenn es jetzt sein wehrpolitisches Schicksal in die eigene Hand nimmt. Viele unserer jetzigen Einrichtungen werden in dem oben angedeuteten Sinne abgeändert werden müssen. Wir Nationalsozialisten werden dafür sorgen, daß auch geistig die rechte Einstellung entsteht, und daß der alte deutsche Wehrwille immer lebendiger wird!

Der Soldat der Zukunft

Seine beste Kennzeichnung gibt vielleicht Ernst Jünger in seinem „Walden 125“. Er sagt: „Die härtesten Söhne des Krieges, die Männer, die den Stottrupp, den Takt, das Fingergesetz, das U-Boot führen, sind technisch hervorragend geschult. Durch diese erfindungsreichen und tollkühnen Einzelerfahrungen repräsentiert sich der moderne Staat im Kampfe. Diese Menschen, von großen Eigenschaften, mit Blut in den Adern, mutig, intelligent, gewohnt, die Maschine zu bedienen und ihr innerlich doch überlegen zu sein — das sind die besten des Trichterfeldes.“ Soldat ein Mann wird auch der Soldat der Zukunft sein müssen. Die Schlacht der Zukunft mit ihren aufwühlenden und gemühtenden Einflüssen verlangt

ein Geschlecht von hohem Willen, hohem Nerven und hohem Körper.

Wehr als früher ist heute der einzelne Kämpfer auf sich selbst angewiesen. Als noch zur Zeit Friedrichs des Großen jede Bewegung, jede Salve auf Kommando geschah, da war der Soldat nur ein Teilchen einer Maschine, heute ist jeder einzelne die Maschine selbst. Der Einzelwille, umgekehrt in die Einzelhandlung, kommt daher heute ganz anders zur Geltung als früher. Heute erst ist das Schlachtfeld zur vollen Wahrheit geworden: „Da tritt kein anderer für ihn ein — auf sich selber steht er da ganz allein!“ Hohe seelische Kraft wird verlangt in jenen langen, langen Stunden, da der Tod mit dem Soldaten „auf Tuchfühlung“ steht, und nur der wird seine Pflicht getreu bis zum Ende erfüllen können, dem solcher Wille angeboren oder aneignet ist. Er hat sich im Kriege oft bei Menschen entfaltet, denen man es von vornherein gewiß nicht anah.

Stahlfeste Nerven!

In den heutigen aufreibenden Zeiten stehen gute Nerven, hart wie Stahlfäden, hoch im Preise. Und was sind die Erschütterungen unseres Lebens

gegen die unerhörten Eindrücke eines Tages, in wochenlangen Großkämpfen, wo der Soldat viel, leicht nicht einmal das Gegenmittel eigener Tätigkeit hat, sondern alles über sich ergehen lassen und ruhig warten muß, bis das erlösende Zeichen zum eigenen Angriff kommt! Gute Nerven gehören auch dazu, im Wirbel des Kampfes mit ruhigen Blut die technischen Kampfmittel zu bedienen, wie Fernsprecher, Funkgerät und Richtungsfindung, besonders beim indirekten Schießen. Kaltes Blut gehört zu jedem Kampf, oft genug war der im Kampfe Sieger, wer Schaulust, Verstand und Geistesgegenwart auch in den schwierigsten Lagen beibehalten hatte. Wie manches Beispiel läßt sich da aufzählen aus der Heldenschlacht der Kämpfe um Schützengräben, wenn es galt, einen vom Feinde besetzten Graben aufzurollen oder abzuräumen.

Aber alle diese Eigenschaften nützen wenig, wenn sie nicht in einem abgeschulten, gut durchgeübten und widerstandsfähigen Körper wohnen. Schon das Bewußtsein, daß auf seinen Körper verlassen zu können, verleiht ein Gefühl der Sicherheit und überlegenen Kraft. Der neuzeitliche Kampf stellt an körperliche Gewandtheit weit mehr Anforderungen als die Kampfesweise früherer Zeiten: denken wir nur an das gefeierte Ausmaß der Hindernisse, die überwinden sein wollen, an die Kraftleistungen der Führer von Kampfgruppen, von Flugzeugen, an die Behinderung der Lunge durch die Gasmaske; überhaupt an die wesentlich größer geordnete Kampfleistung!

Diese hochgepanzten Forderungen werden niemals die große Masse erreichen können. Es waren auch im Weltkriege nicht alle, die an der Front waren, „Frontsoldaten“ im besten und eigentlichen Sinne des Wortes. Aber im Deutschen liegen doch nun mal alle diese Eigenschaften so verankert, daß es wohl keine Kompanie gab, bei der nicht ein paar Mann diesen Zielen zum mindesten sehr nahe kamen.

„Königsberg“

das stolze Schiff einer ruhmreichen Tradition

Auf einer Auslandsfahrt durch die Ostsee begreifen, hatte die „Königsberg“, einer unserer modernsten Kreuzer, soweit man nach Verhältnissen überhaupt in der deutschen Marine von modernen Kreuzern sprechen kann, Schönenmünde angelaufen und zu kurzen Aufenthalten an der Vasegelle der Billandstraße festgemacht. Die „Königsberg“ ist das B. D. M.-Schiff, d. h. der Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte, Kommandant von Ostsee, befindet sich an Bord. Ihm unterstehen alle Kreuzer und Torpedoboote unserer Marine mit Ausnahme der „Karlsruhe“ und der „Rhein“, auf denen der Offiziersnachwuchs ausgebildet wird.

Die „Königsberg“ hat eine ruhmreiche Tradition weiterzuführen. Der alte Kreuzer „Königsberg“, der am 25. April 1914 zu einer Auslandsfahrt nach Estland in See gegangen war, sah sich am 11. Juli 1915 im Ruffi-delta einer englischen Hebermacht von 21 Schiffen gegenüber. Nach heftigster Gegenwehr wurde der Kreuzer vollkommen zusammenge-schossen. Der Kommandant, Korvettenkapitän Doof, entschloß sich, das Schiff in die Luft sprengen zu lassen und ging mit der Befehlshaber an Land, um zusammen mit den Schutztruppen den Kampf weiterzuführen, und am 2. März 1919 marschierte die Befehlshaber mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen durch das Brandenburger Tor zu Berlin, als eine Truppe, die unbefiegt und unangebrochen bis zum letzten Augenblick ihren Mann gestanden hat.

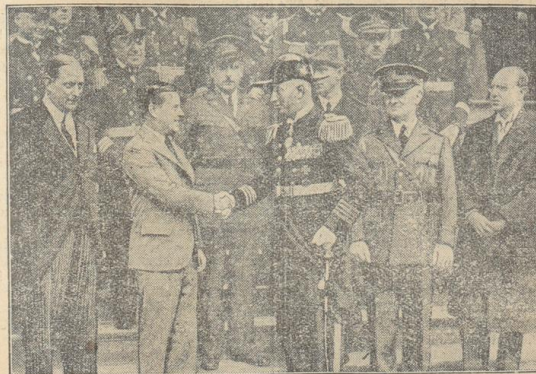
Unsere neue „Königsberg“ ist erst im Jahre 1927 von Stapel gelassen und 1929 in Dienst gestellt. Das Schiff ist 178 Meter lang und nur 13 Meter breit, hat einen Tiefgang von 5,5 Metern, der, wenn Gel an Bord genommen ist, naturgemäß um ungefähr 1 Meter anwächst. Die Besatzung ist etwa 500 Mann stark, darunter sind 180 Matrosen, die jedoch ihre erste Landausbildung hinter sich haben und jetzt den ersten Drill auf einem Schiff erhalten. Der Dienst der Befehlshaber ist vorwiegend artilleristisch. Diese drei Geschützstände mit ihren drei Drillingsschützen sind die typischen Merkmale des Kreuzers. In Einzelner Turm birgt drei 15 Zentimeter-Geschütze, so daß insgesamt der Geschützbestand des Schiffes zwölf 15 Zentimeter-Geschütze ist. Dazu kommen vier Zwi-

llingsschützen und einige U-Boot-Torpedos. Der Kreuzer ist naturgemäß die Sorge der ganzen Befehlshaber vom jüngsten Rekruten bis zum Kommandanten. Das merke ich auch den Worten meines Begleiters an, der mir mit liebevollem Eifer den Mechanismus der durch elektrischen Strom drehbaren Turme erklärte.

Man will nicht glauben, welches Maß an bis ins einzelne durchdachter Mannesausstattung auf jedem Kreuzer geleistet wird. Jeder Winkel, jede Ritze hat seine Bestimmung, es gibt eine Linne von Logerräumen oder, wie der Seemann sagt, von „Kellerräumen“, die zum Aufbewahren der mannigfachen Geräte dienen. Das „Deck“ des Schiffes ist natürlich der Maschinenraum, für den Befehlshaber leidet gepumpt, und sein „Hirn“ der Artillerie-Befehlshaber. Die einzelnen „Abteilungen“ oder Decks sind wasserdicht abzuschießen, die Türen sind an den Ranten mit einer Gummeinlagerung versehen, so daß, wenn eine Abteilung „vollgepackt“ ist, der Wechselschlag dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt zu werden braucht.

In den Unterdecksräumen des feemännlichen Personals herrscht heute ein buntes Leben und Treiben. Es ist nämlich gerade Besuchsstunde, und davon wird reichlich Gebrauch gemacht. „Das sind die kurzen Freuden und Lichtblicke im harten Seemannsleben“, erzählt mein Begleiter. „Auf Auslandsfahrt kennen wir wochenlang nichts anderes als Waage schieben und sehen nichts anderes als Himmel und Wasser!“

Morgen geht's in aller Frühe nach dem Segen. Die Auslandsfahrt dauert ungefähr bis zum 21. Dezember, dann kehrt der Kreuzer in den Heimathafen Kiel zurück, und die Befehlshaber erhält Gelegenheit, ihren Weidnachtsurlaub zu nehmen. Doch bis dahin heißt es für manchen der jungen Matrosen, noch feste „binken“, und es wird noch manche Schramme und manche Wunde sehen, bis die nötige Frische und Weidigkeit erworben ist. Die Stimmung ist jedoch glänzend, der Appetit erstaunlich, man will nicht glauben, was für ein Festungsbesuch in echter Matrosenmagen hat, und Weidnachten gehts, wenn der „Alte“ gnädig ist zu Muttern. Gelmutz stoßfort.



Das erste Bild vom Empfang der „Karlsruhe“ in Newyork

Der Befehlshaber des Kreuzers „Karlsruhe“, der kürzlich als erstes Kriegsschiff nach 1914 in den Hafen von Newyork eintraf, wurde in der Wallstreet von einer begeisterten Menge empfangen. In der Mitte Kapitan Wagner, der Kommandant der „Karlsruhe“, und der Bürgermeister von Newyork, Mr. Kee; links der deutsche Generalkonsul in Newyork, Dr. Otto Riep, rechts der amerikanische Brigadegeneral Weten.

Unterhaltungs-Beilage

Vision in der Grube

Stimme von Walter Mitzsch

Im dritten Durchschlag, auf Sohle zwei, hochte Thomas der Hauer auf einem Kohlenbord, starrte vor sich hin, auf den goldgelben Lichtkreis der Grubenlampe. Rechts und links durch die dunkle Höhlung fort, die eifrige Hauer in den Fels der Erde gerissen hatten. Die gelblichen Fackellichter flackten in den Bergmännern. Die Hauer waren gleich Trüben an den Wänden und Säulen entlang sich hin. Und auch sonst war dieser Hauer nicht ohne merkwürdige Punkte. Von fern her kam das gurgelnde Gähnen eines eiligen Wassers; das dumpfe Schottern einer Kutsche murmelte, und hin und wieder klang ein Schrei, der das Gähnen des Wassers wie der Schrei eines Schreies eines Schreies durch die Stollen.

Alles war der Hauer Thomas gewohnt. Das regte ihn nicht weiter auf. Zumal heute nicht, da ganz andere Gedanken in seinem Kopf schwebten. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war.

Der Hauer Thomas dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war.

Der Hauer Thomas dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war.

Der Hauer Thomas dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war.

Der Hauer Thomas dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war.

Der Hauer Thomas dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war. Er dachte an die Grube, an den Hauer Niklas, der heute nicht da war.

ist alles egal. — Geh hin, verammelte die Wettertür. Mit noch ein Kerl, der Markt in den Knospen hat. Also geh' schon hin!

Schwerfällig steht Thomas auf, blüht sich nach der Lampe. — In diesem schwarzen Reich der Unterwelt gelten andere Gesetze als da oben, wo Mond und Sterne blitzen.

Aufgehend steht der Hauer.

Sonderbar, daß er fast nur wieder an das geistliche Klavier denken muß, dessen Tasten sich wie Taupfingerringe bewegen. In den Ohren dröhnt es so. Aber das mag wohl das Klavier sein. Merkwürdig ist das alles. Was die Menschen so erfinden. Vergewisse bauen sie und diabolische Klaviere, und um einer rötlichen Dirne willen begeben sie ein Verbrechen...

Der Hauer lehnt sich gegen eine Wandfläche. Schwerfällig grübelt er: das ist nun nicht anders. Was kann man dagegen tun? Und wenn die ganze Grube dabei zum Einsturz geht. Soll ja sowieso nächstes Jahr stillgelegt werden, — das alte Gerümpel...

„Also nun geh!“ zischelt die Stimme, „geh zu der Wettertür!“

Das mechanische Klavier, das auch tun muß, was eine fremde Macht will, hämmert einen widerwärtigen Galopp. Schnäppchen flattern die knochenbleichen Tasten. Die Grubenlampe hat einen roten Schein, rot wie das Haar der Agneta...

Der Hauer Thomas denkt die Zähne zusammen, schließt sich an, den Weg nach Stollen Neunzehn zu gehen. Auf Scheidwegen schneit er, obwohl ihn doch keiner hört und sieht. Witzig! Nieht ihm eine Erinnerung durch den Kopf. Weiß Gott, wo die herkommt.

Seine Mutter sagt zu ihm: „Jeder Mensch hat seinen Schutengel.“ Ah, geh, das sind Kindermärchen. Und die zischende Stimme wieder: „Spüte dich!“

Aber dann blüht Thomas plötzlich lauernd stehen.

Er hört etwas — hört etwas... — hört aber etwas. Jemand kommt auf ihn zu den Stollen entlang...

Ah, sieht du — da ist es schon!

Ein Pferd, ein wildgeborenes Pferd! Jäh springt es aus der schattigen Dämmerung hervor. Breitbrüstig, von einem schmutzigen Graugelb. Über dem hohen Rücken flattert eine brandfarbene Mähne. Das Tier mit vorwärts, schaukelnd und schaukelnd, von eisernen Ketten umflirt. Die großen, gottigen Hufe schmettern in funtloser Wut auf den harten Boden. Das wildschwarze Wasser der Röhren spritzt und brodeln auf. So rast es vorbei an dem elenden Menschen, der sich gegen die furchige Wand stemmt.

Der Hauer Thomas glüht auf den wildgeborenen Karrenquast. Und ihm ist, als trüge das rasende Pferd einen Reiter — einen knochenbleichen Reiter...

„Ich jage das Geheiß durch die Grube, um kein Reiter abzugeben — gleich nach Deute — nach Himmeln und Unheil...“

Der Hauer Thomas ist sich von der Wand. Mit zitternden Knien steht er da, lauscht nach rechts in den Stollen hinein, aus dem noch immer das granige Hämmern der großen, klumpen Hufe hervorpocht.

„Ne!“ stöhnt er. „Ne! Ich — kann — es — nicht.“

Und dann schließt er den Stollen entlang bis zur Drehscheibe. Dort findet er einen jungen Karrenschreiber, der ein stützender Fackelbalken die rechte Schulter zerklüftet hat. Er liegt neben dem umgestürzten Wagen, von dem der schwebende Gaul sich losgerissen hatte.

Hauer Thomas schleicht den Stollen entlang zum Aufzuge und sieht mit ihm nach oben.

„Sie —“ sagte der Grubenarzt zu ihm, „Sie sehen auch so aus, als ob Sie krank wären — was haben Sie?“

„Nichts“, murmelte Thomas und deckt die Hand über die Augen. Ihm ist, als müßten diese ihn verraten.

„Gemacht“, tönte seine zurück. „Probieren wir.“

Und sie machten zunächst eine Probefahrt. Die gelang über alle Maßen gut. Jüngling schauten sie sich in die Augen, beglückwünschten sich gegenseitig ob der guten Idee. Und holten aus zum Grandprix.

Fünf Kisten expedierten sie, fünf große Kisten: nach Dresden. In der einen Kiste lag Stier, mäßig gebettet, die anderen waren mit Steinen gefüllt, mit großen Steinen. Schade.

Ich habe immer den Grundgedanken verstanden: man soll große Steine nicht in Kisten verpacken. Größens hat das keinen Sinn. Und zweitens kann eine Kiste plagen.

Die Kiste plagte. In Dresden. Die Steine fielen heraus. Und die Sachen sind helle, Weschals die Bahnbeamten den vordränglichen Verbot Kisten und alle Kisten der Firma Stier u. Heine auf ihren Inhalt untersuchten...

Der Meingeldwert bei diesem Geschäft beträgt bei Stier Heine, bei Heine fünf Monate Es fängens.

Man soll schwere Steine nicht in Kisten packen.

Der wiedererstandene Kriegsflyer

Ein Brief, der kürzlich beim Generalkonsulat der Vereinigten Staaten in Paris eintraf, setzte diese Behörde in erhebliche Verwirrung. Denn da meldete sich ein Mann, den man seit fünfzehn Jahren zu den Toten rechnete. Es handelte sich um den während des Weltkrieges bekannten amerikanischen Jagdflieger Courtney Campbell, der damals sehr häufig in die französische Armee eintrat. Er war laut Bericht der Verlesung im Verlauf eines Gefechts mit einem deutschen Flieger abgeschossen und anschließend getötet worden. Einer besonderen Verfügung wegen wurde er nachträglich noch in französischen Verzeichnissen lebend erwähnt. Wo keine sterblichen Reste ruhten, konnte niemand. Nun aber meldete der Brief, Campbell erweise sich bestenfalls als lebend und habe einen Auszug aus seiner Kriegsflammappe, da seine Frau, die er in den nächsten Tagen zu heiraten gedachte, sehen wollte, welcher Held er gewesen sei. Campbell schrieb, er sei damals im Oktober 1917 wohl abgeschossen aber nur schwer verletzt in ein deutsches Lazarett gebracht worden, wo er bis 1921 an den Folgen einer schweren Rückenverletzung gelitten habe. Während dieser Zeit sei ihm jegliche Erinnerung verloren gegangen, so daß er nicht einmal mehr seinen Namen gekannt habe. Erst langsam habe er das Gedächtnis wiedererlangt, aber seine Erinnerung an die Kämpfe habe. Er verließ damals Europa, ohne sich um irgendwelche Entschädigungspapiere zu kümmern, und lebte sich in einem ihm bis dahin unbekannten Teil der Vereinigten Staaten an. Eine Anfrage des Generalkonsulats beim französischen Luftfahrtministerium bestätigte die Angaben des fonderbaren Heiden.

Die Kistenfahrer

Eine Stunde Moabit

Es ist ja wahr, seit den Polizeianstellungen wissen wir alle Bescheid: nichts Handverlesenes ist uns mehr fremd, sachlich und exakt können wir mitreden. Wir sind feinsinnig angeklagt. Was ist das nun noch, so ein komplizierter Einbruch? Eine Kleinigkeit ist es und viel zu populär. Was ist die Raffinesse der heute noch ab? Man muß da schon im Ernst arbeiten, um Verfall zu finden.

Da sind die beiden doch andere Brüder, der Kaufmann Stier, der Reisende Heine, die un-

längst in Moabit ein bißchen verdorrt worden. Die festen sich an den Stammtisch und knoselten Dinge aus, suchten neue Wege und fanden sie auch ohne Schwierigkeit.

„Warum“, sagte Stier, „sagen im Grunde ergraut, soll man sich nicht mal in eine Kiste setzen, sich als Frachtpack verkleiden lassen und bei voller Fahrt ein wenig die Waggons pflücken?“

„Überhand kostbare Dinge werden da heute schon wieder auf deutschen Eisenbahnen verladen.“

Ein Trupp SA. von Waldemar Glaser

5. Fortsetzung

Ein Mann in der Wohnung, einer ins Haus, und der andere patronisiert draußen und beobachtet! Wie sich die Gruppen im Dorf verteilen, das kommt ihr untereinander ausmachen! Wer in die Stube kommt, nimmt den Dödel ab! Benehmt euch, wie sich's für einen SA-Mann gehört! Juvor-tommen, höflich, aber auch nicht mehr! Jeder wird einige Dödelchen mitnehmen! Das Städt zu janzig und zu fünfzig Pfennig. Und dann macht die Seite auf unsere Versammlung aufmerksam! Sperrt den Schmal auf! Der Gaul muß nächste Woche hier voll sein! In zehn Minuten alle! Zurück seid ihr mir am gnädig!

Kurt klopf einmal, zweimal, es rührt sich nicht! Er klopf noch einmal, und dann antwortet es ihm kaum vernommen: „Hierin!“ Kurt schiebt den schwer gefüllten Sack zurück zur Seite, drückt auf die Rückseite und steht in einer niedrigen, aber sehr geräumigen Bauernstube. Ueber der frisch geschuerten Diele ist leicht ein weißer Sand gestreut. Das ist ein Knirsch unter Kurts schmutzigen Marschschuhen, daß die Bäuerin mit dem Futtereinfahren aussteigt, um den fremden Eindringling mißmutig von oben bis unten zu betrachten. Der Bauer sitzt auf einer Bank am Tische und mochte einen Brief geschrieben haben. Er legte die Feder auf den Tisch, nimmt die Brille von der Nase und sieht Kurt abwartend an. „Guten Tag“, beginnt er, „laufen Sie eine nationalsozialistische Zeitung?“

„Wie?“, fragt der Bauer.

„Ob Sie eine Zeitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei kaufen...“

„Was ist denn das schon wieder? Haben wir nicht gerade genug Parteien? Was wollen Sie denn, he?“

„Haben Sie noch nicht von Hitler gehört?“

„Was...? Cuno die Präsidentenwahl?“

„Rufen Sie Maß, daß Sie was kommen...“

Frau, die Türe auf...!“

„Aber...!“

„Hören Sie mir auf...!“

„Sie wollen nicht, gut! Ihnen wird's auch noch kommen...!“

„Da laß doch eine“, sagt die Frau, „was kostet'n eine...?“

„Sein Pfennig...!“

„Ich habe kein Kleingeld“, antwortet mürrisch der Bauer.

„Du mußt doch noch einen Groschen haben! Du mußt doch vorher erst rasieren! Ich hab' dir doch gegeben...!“

„Ach so — einen Augenblick — wo denn schnell...?“

„Ruh man, Paul... Ich habe noch was in der Tasche!“ Und sie geht zum Glasschrank, öffnet und greift in eine große, kunstverzierte Porzellantasche.

„Hier haben Sie...!“

„Danke...!“ Und Kurt gibt dem Bauern einen „Vollständigen Beobachter“ mit der dicken Lederhülle — Hitler gegen Schiffer — und darunter steht — Gegen den Führer der Bayerischen Zentrumspartei... „So, damit Sie nicht einseitig unterrichtet werden...!“

„Was...? Einseitig...? Ich lese den Volksboten...!“

„Dah weiß ich! Dort am Fenster liegt er nämlich“, sagt Kurt, „und deswegen der Empfang von vorn...!“

„Meinen Sie etwa, daß die katholische Zeitung...?“

„Ja nachdem...! Schon zehn Jahre lang!“

„Was...! Sie...! Vor zehn Jahren gingen Sie noch in die Schule!“

„Ja, ja...! Damit können Sie recht haben.“

„Wer eine Zeitung nicht ab, schickt geht's uns doch heute allem! Oder Ihnen nicht? Angedenk-

bin ich auch katholisch und gehe Sonntags in die Kirche! Aber wenn Sie mehr hören wollen, dann melden Sie sich nur zur Ansprache! Wir haben Donnerstag hier Versammlung! Da müssen Sie hingehen! Ich habe leider nicht mehr Zeit! Na, Heil Hitler!“

„Kommte schon?“, fragt Kurtbart. „Mir knurrt der Magen vom langen Stehen!“

„Ich habe aber auch den ersten Groschen! Hier...! Eine saure Arbeit! Spud mal drauß! Na, ja...! Draußpuden solltet! Das kennst du nicht? Was her...! Siehste, so wird's gemacht! Der Koff hat's schon gelernt! Das bringt Glück...!“

„Kommst ihr schon...?“, begrüßt sie jetzt draußens. „Ich wäre bald weggekommen!“

„Ins nächste Haus“, ermuntert Kurt, „den ersten Groschen hätten wir, und nun zum Kochbarn!“

„Das ist ein Lehrer“, versichert Liebs, „und deutschnational soll er sein! Der muß ran...!“

„Guten Tag! Entschuldigen Sie, daß ich störe“, sagt diesmal Kurt, „aber Sie laufen doch eine nationalsozialistische Zeitung?“

„War keine Veranlassung! Zu was denn...? Sie sind ja viel zu wenig. Sie schaffen's ja doch nicht...!“

Und dann Sie unterrichten...“

„So, wer lag Ihnen das...? Allerdings, wenn's gewisse Deutschnationalen immer so machen und für den Damesplan stimmen und bei den diesjährigen Kommunalwahlen knallrote Zettel anlegen, auf denen steht:

„Sagt euch vom „Sozial“ nicht betrogen, sagt euch vom „Ras“ nicht belügen, bleibt einer Heberzeugung treu, wählt Deutschnational, die Liste 2!“

Dann allerdings wird Deutschland nicht gerettet werden, wenn man so gewissenlos der nationalen Front in den Rücken fällt.“

„Ja, das kann ich nicht beurteilen, ob das überhaupt wahr ist. Da erzählen Sie mir etwas vollkommen Neues.“

„Sehen Sie mal“, und Kurt greift in seine Brusttasche, ich habe das Dokument bei mir! Die Stahlhelme, die Schutzhelm an Schulter mit uns kämpfen, hatten Charakter genug, um diese Lebensweise zu verbessern.“

Der Lehrer tritt einen Schritt zurück und schüttelt seinen Kopf. „Was kostet uns Zeitung...?“, fragt er barock.

„Sein Pfennig...!“

„Können Sie wechseln...?“

„Ja wohl, gern...!“

„Verstehen Sie das Geld auch nicht für sich?“

Kurt steht ihm sprachlos an. Was der sich da erlaubt...! Mit einer solchen Gemeinheit will er sich rächen...? Nehmen Sie Ihr Geld...!“, ruft Kurt, „glauben Sie, ich laufe in diesem Saal weiter vier oder fünf Stunden herum, um dem Herrn Sonowice einen Zehnpfenniger abzuheben...?“

„Ich wollte bloß... Es kommt doch vor...!“

„Leben Sie wohl!“

„Reine Gesellschaft...! Großartig...!“

„Was denn...? War er so freundlich zu dir...?“, fragt Kurtbart.

„Ich werde's dir nachher erzählen“, erwidert Kurt, „aber eins kann ich dir jetzt schon sagen: Das war so ein richtiger Typ!“

Als die beiden herankommen, wartet der Bauer von vorn auf sie und schimpft: Sie sind schalllos! Betrogen haben Sie mich! Das ist ja eine Zeitung von voriger Woche!“

„Ich bitte Sie“, sagt Kurt, „von betrogen kann gar keine Rede sein! Wir verkaufen sie ja bloß für die Hälfte! Eben weil's alte Stücke sind! Und Sie sollen doch bloß einen Begriff von uns bekommen!“

„Haben Sie schon drin gelesen?“, fragt Kurtbart.

„Natürlich, sonst müßte ich ja nicht, daß ich alt ist!“

(Fortsetzung folgt)